

EINWOHNERRAT

PROTOKOLL

der 22. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2004-2008)

Sitzungsdatum: 13. September 2006
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 - 21.00 Uhr

Präsenz

Einwohnerrat: Vorsitz Christoph Morat, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Dr. Anton Lauber, Präsident
Nicole Nüssli-Kaiser, Vizepräsidentin (später)
Roman Meury
Robert Vogt
Heinz Giger
Arnold Julier
Saskia Schärer

Gemeindeverwaltung: Max Kamber, Gemeindeverwalter
Andreas Weis, Sekretariat Einwohnerrat (Protokoll)

Gäste:

Entschuldigt: Mathilde Oppliger-Zurschmitten
Giulio Vögelin
Cathérine Hosang-Gobet
Armin Bieri

Abwesend:

Bereinigte Traktandenliste

1. Bericht des Gemeinderates vom 09.08.2006 betreffend
Nachrücken von Rolf Adam, CVP-Fraktion, in den Einwohnerrat
anstelle des zurückgetretenen Beat Meyer-Zehnder, CVP-Fraktion,
für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2008) Geschäft 3681
2. Bericht des Gemeinderates vom 09.08.2006 betreffend
Nachrücken von Simone Hauser-Leyhe, FDP-Fraktion, in den

- Einwohnerrat anstelle der zurückgetretenen Iris Zihlmann-Glanzmann, FDP-Fraktion, für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2008) Geschäft 3682
3. Bericht des Gemeinderates vom 09.08.2006 betreffend Wahl eines Mitglieds in die Kommission für Gemeindeordnung und -reglemente anstelle von Beat Meyer-Zehnder, CVP-Fraktion, für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2008) Geschäft 3683
4. Bericht des Gemeinderates vom 09.08.2006 betreffend Wahl eines Ersatz-Mitglieds in die Finanz- und Rechnungsprüfungskommission anstelle von Iris Zihlmann-Glanzmann, FDP-Fraktion, für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2008) Geschäft 3684
5. Bericht des Gemeinderates vom 23.08.2006 betreffend Leistungspostulate pro 2007; Stellungnahme und Anträge des Gemeinderates Geschäft 3679
6. Berichte des Gemeinderates vom 23.08.2006 betreffend Abrechnung über den Verpflichtungskredit in Höhe von CHF 282'000.- betreffend Erstellung einer Urnennischenwand und den Verpflichtungskredit in Höhe von CHF 106'000.- betreffend Erstellung eines Gemeinschaftsgrabes Geschäft 3622 B / C
7. Berichte des Gemeinderates vom 18.01.2006 und der Kommission für Gemeindeordnung und -reglemente vom 30.06.2006 betreffend Teilrevision des Verwaltungs- und Organisationsreglements (1. Lesung) Geschäft 3616 / A
8. Bericht des Gemeinderates vom 04.07.2006 betreffend Geschäftsreglement ER, Teilrevision betr. Aufgabenübertragung an GPK; § 15 GpR (direkte Beratung, eine Lesung) Geschäft 3678
9. Postulat von Mario Bernasconi, SD-Fraktion, vom 20.06.2006 betreffend „Wasser für Mensch und Tier“ Geschäft 3671

Nach der Pause:
- INFO-FENSTER des Gemeinderates

Der Protokollführer (Stv.)

Daniela Jörin

Einwohnerratsprotokoll Nr. 22 vom 13. September 2006

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Der Präsident des
Einwohnerrates Allschwil**

Christoph Morat

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

Einwohnerratspräsident Christoph Morat begrüsst die Anwesenden herzlich zum Amtsjahr 2006/2007. Die Information von Gemeinderat Robert Vogt aufgreifend weist er auf das geltende Halteverbot auf dem Lettenweg hin und ruft die Betroffenen auf, ihre Autos umzuparkieren.

Neue parlamentarische Vorstösse

Eingegangen sind folgende Vorstösse:

Postulat von Basil Kröpfli, SVP-Fraktion, betr. Versand von Medienmitteilungen der Gemeindeverwaltung per E-Mail.

Postulat von Dr. Ivo Corvini / Felix Keller, beide CVP-Fraktion, betreffend Veranstaltungen und Aktivitäten in Allschwil während der Euro 08

Interpellation von Dr. Ivo Corvini / Felix Keller, beide CVP-Fraktion, betreffend Einbezug von Allschwil in das Sicherheitskonzept während der Euro 08

Motion von Peter Th. Von Arx, SVP-Fraktion, betreffend Baurechtszinserträge zur Schuldentilgung verwenden

Motion von Peter Th. Von Arx, SVP-Fraktion, betreffend Gemeindeland im Baurecht vergeben

Traktandenliste

Mario Bernasconi, SD-Fraktion, zieht sein Postulat vom 20.06.2006 betreffend „Wasser für Mensch und Tier“ (Geschäft 3671) zurück.

Die Traktandenliste wird mit den verbleibenden 8 Traktanden genehmigt.

Rücktritte aus dem Parlament / Neue Parlamentsmitglieder

Christoph Morat begrüsst speziell die neuen Parlamentsmitglieder Simone Hause-Leyhe, FDP-Fraktion und Rolf Adam, CVP-Fraktion, welche für Iris Zihlmann-Glanzmann, FDP-Fraktion, und Beat Meyer-Zehnder, CVP-Fraktion, in den Einwohnerrat nachrücken.

191 01.030 Einwohnerrat

**1. Bericht des Gemeinderates vom 09.08.2006 betreffend
Nachrücken von Rolf Adam, CVP-Fraktion, in den Einwohnerrat
anstelle des zurückgetretenen Beat Meyer-Zehnder, CVP-Fraktion,
für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2008)
Geschäft 3681**

://: Vom Nachrücken des **Rolf Adam**, CVP-Fraktion, für den zurückgetretenen Beat Meyer-Zehnder, CVP-Fraktion, wird Kenntnis genommen.

MITTEILUNG AN:

Rolf Adam (als Wahlanzeige)

Felix Keller-Maurer, Parteipräsident CVP Allschwil/Schönenbuch

Mathilde Oppliger, Fraktionspräsidentin CVP

Daniela Jörin, Kommissionsverzeichnis
Markus Rudolf-von-Rohr, Gemeindeverwalter-Stv. (Mutationen)

192 01.030 Einwohnerrat

**2. Bericht des Gemeinderates vom 09.08.2006 betreffend
Nachrücken von Simone Hauser-Leyhe, FDP-Fraktion, in den
Einwohnerrat anstelle der zurückgetretenen Iris Zihlmann-Glanzmann,
FDP-Fraktion, für den Rest der laufenden Legislaturperiode
(bis 30.06.2008) Geschäft 3682**

://: Vom Nachrücken der **Simon Hauser-Leyhe**, FDP-Fraktion, für die zurückgetretene Iris Zihlmann-Glanzmann, FDP-Fraktion, wird Kenntnis genommen.

MITTEILUNG AN:

Simone Hauser-Leyhe (als Wahlanzeige)
Hanspeter Frey-Rieder, Parteipräsident FDP Allschwil/Schönenbuch
Alice Märky-Schällibaum, Fraktionspräsidentin FDP Allschwil/Schönenbuch
Daniela Jörin, Kommissionsverzeichnis
Markus Rudolf-von-Rohr, Gemeindeverwalter-Stv. (Mutationen)

193 01.030 Einwohnerrat
01.032 Kommissionen des Einwohnerrates

**3. Bericht des Gemeinderates vom 09.08.2006 betreffend
Wahl eines Mitglieds in die Kommission für Gemeindeordnung
und -reglemente anstelle von Beat Meyer-Zehnder, CVP-Fraktion,
für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2008)
Geschäft 3683**

://: In die Kommission für Gemeindeordnung und -reglemente wird als Mitglied für den zurückgetretenen Beat Meyer-Zehnder, CVP-Fraktion, in stiller Wahl **Mathilde Oppliger-Zurschmitten**, CVP-Fraktion, gewählt.

MITTEILUNG AN:

Mathilde Oppliger-Zurschmitten, CVP-Fraktion, (als Wahlanzeige & Fraktionspräsidentin)
Felix Keller-Maurer, Parteipräsident CVP Allschwil/Schönenbuch
Daniela Jörin, Kommissionsverzeichnis
Markus Rudolf-von-Rohr, Gemeindeverwalter-Stv. (Mutationen)

194 01.030 Einwohnerrat

**4. Bericht des Gemeinderates vom 09.08.2006 betreffend
Wahl eines Ersatz-Mitglieds in die Finanz- und Rechnungsprüfungs-
kommission anstelle von Iris Zihlmann-Glanzmann, FDP-Fraktion,
für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2008)
Geschäft 3684**

://: In die Finanz- und Rechnungsprüfungskommission wird als Ersatz-Mitglied für die zurückgetretene Iris Zihlmann-Glanzmann, FDP-Fraktion, in stiller Wahl **Simone Hauser-Leyhe**, FDP-Fraktion, gewählt.

MITTEILUNG AN:

Simon Hauser-Leyhe, FDP-Fraktion, (als Wahlanzeige)
Hanspeter Frey-Rieder, Parteipräsident FDP Allschwil/Schönenbuch
Alice Märky-Schällibaum, Fraktionspräsidentin FDP Allschwil/Schönenbuch
Daniela Jörin, Kommissionsverzeichnis
Markus Rudolf-von-Rohr, Gemeindeverwalter-Stv. (Mutationen)

195 07 Finanzen
 01 Organisation

**5. Bericht des Gemeinderates vom 23.08.2006 betreffend
Leistungspostulate pro 2007; Stellungnahme und Anträge
des Gemeinderates** **Geschäft 3679**

**Leistungspostulat 3679.1 Produktgruppe (Leistungsauftrag) 271: ‚Freizeit-, Sport- und
Grünanlagen‘**

Gemeinderat **Robert Vogt** legt dar, weshalb der Gemeinderat dieses Leistungspostulat ablehnt. Der Umstand, dass auf dem heutigen Wegmattenareal schon eine Wiese besteht, kommt aus seiner Sicht bereits einem hohen Naturschutzwert gleich. Bis anhin kostet der Unterhalt der Wiese wenig bis gar nichts. Der Gemeinderat möchte nun vermeiden, dass der Ausbau in einen Grünpark, d.h. eine aufwändige Anlage mit ersten Investitionskosten und damit verbundenen hohen Unterhaltskosten entsteht. An dieser Stelle weist Robert Vogt darauf hin, dass auch der heutige Elefantenacker Teil der Wegmatten bildet. Dieses Trainingsgelände wird ersetzt durch die derzeit entstehende Sportanlage Im Brüel. Der FCA kann den Elefantenacker weiterhin brauchen, deshalb möchte der Gemeinderat dieses Grundstück im heutigen Zustand belassen. Einzig die Gebäude am Rand des Elefantenackers werden abgebrochen. Damit wird der Aufwand für die inskünftige Nutzung des Wegmattenareals minimal gehalten. Deswegen möchte der Gemeinderat derzeit Abstand nehmen von einem solchen Ausbau.

Postulant **Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion:** Wegmatten – wie weiter: Sicher ist den Anwesenden beim Lesen des Leistungspostulates das eine oder andere durch den Kopf gegangen. Er möchte jetzt im Einzelnen die Beweggründe für diesen Vorstoss erläutern. Nach den beiden Abstimmungen vom November 2003 und Mai 2006 wurden die vorgeschlagenen Projekte mit jeweils ca. 2/3 der abgegebenen Stimmen vom Souverän abgelehnt, nun folgt fast logisch der Antrag, die Wegmatten konkret aber schonungsvoll zu gestalten. Er zitiert den Antrag wie folgt: *„Der Gemeinderat wird gebeten, auf den Wegmatten punktuell Verbesserungen anzubringen, welche den verschiedenen Nutzungsbedürfnissen entsprechen.“* Da unsere Gemeinde nach Allwo („Allschwil Wirkungsorientiert“, Anm. Protokollführerin) lebt, haben die beiden Postulanten gemäss den Vorgaben Quadratmeterpreis x Unterhaltspreis die Kosten errechnet und haben dabei einen Betrag von einer halben Million erhalten. Er dankt dem Gemeinderat für dessen Stellungnahme, möchte aber an dieser Stelle das Postulat mit seinen Gedanken ergänzen und bittet die Anwesenden einen Blick auf die Folie zu werfen (Protokollbeilage Folie 1). Gemäss Zonenplan beträgt das gesamte Wegmattenareal, also Wegmatten I und II etwa 40'000 m². Die Fläche des Hummelbrunnens sei jedoch seit jeher von der Gemeinde bewirtschaftet worden, mitsamt den darauf stehenden Spielgeräten und Boule-Anlage. Weiter, wie von Robert Vogt erwähnt, scheinen im Anschluss an die Abstimmung vom Mai dieses Jahres Gespräche zwischen dem Gemeinderat und dem FC Allschwil betreffend die weitere und erweiterte Nutzung des „Ele-Areals“ stattgefunden zu haben. Die ist auch schon durch einige Leserbriefe im Allschwiler Wochenblatt kommentiert worden. Somit verbleibt das altehrwürdige Areal der Familiengärtner übrig, welches eine Fläche von 18'500 m² aufweist. Für ihn bleiben deshalb noch einige Fragen offen:

- Weshalb hat sich der Gemeinderat in seiner Antwort generell auf die Fläche von 40'000 m² bezogen, wenn doch die Diskussion lediglich über die Fläche des ehemaligen Familiengartenareals geführt werden muss?

- Wer bezahlt denn bis jetzt den Unterhalt für den Teil des Hummelbrunnens?
- Wer hat wann mit wem vom FC Allschwil was beschlossen?
- Wer kann das Ele-Areal künftig nutzen?
- Ist der Platz öffentlich, zum Teil öffentlich oder eben nur für den FC Allschwil?
- Warum erscheinen seit einiger Zeit zum Thema Street-Soccer Artikel im AWB, wonach bereits wieder Sachen beschlossen worden oder definitiv zu beschliessen sind?

und abschliessend:

- Warum wird immer wieder im AWB, zum Teil von mehreren politischen, zum Teil auch hier anwesenden, Parteien Leserbriefe publiziert, welche das Areal, welches durch Hunde und Hundführer benutzt wird, anprangern – obwohl doch offenbar kein Rappen für dieses Areal investiert werden soll?

Dies sind Fragen, die im Volk so gestellt werden und die, wie erwähnt, mehrfach in Form von Leserbriefen im AWB diskutiert werden. Claude Rothen und er haben deswegen versucht, das Thema Wegmatten pro-aktiv weiterzudenken. Ihr Vorschlag zielt darum in Richtung Einbezug der Bevölkerung, einige Ideen hierzu:

- Die öffentliche Sprechstunde mit dem Gemeinderat und dem Gemeindepräsidenten zum Thema (evt. auch eine weisse Tafel aufstellen als Ideensammler)
- Das Einrichten einer E-Mail-Adresse zum Thema ist bereits von der SP realisiert worden.
- Aktiv, wie sonst auch üblich, einen Aufruf im AWB publizieren.

Oder man könnte auch ergänzende Angebote aufstellen, die sich leicht wieder entfernen liessen, wie beispielsweise ein Minigolf und auf diese Weise klare Zonen kennzeichnen sowohl für Hundebesitzer als auch für andere Leute.

Wegmatten betrifft eben nicht bloss Anwohner. Die Wegmatten sind ein Teil Allschwils und er meint, sie brauchen mehr als zwei bis drei Rasenschnitte pro Jahr – nach diesem Abstimmungsresultat. In diesem Zusammenhang möchte er noch an die diversen politischen Vorstösse im Einwohnerrat erinnern (Geschäft 3490 + 3495), mit denen verschiedene Anwesende für die sich betreffend mittelfristige Nutzung der Areale Wegmatten I und II sowie betreffend Durchführung einer Meinungs-Umfrage zu Wegmatten geäussert haben. Zusammenfassend geht es, nachdem der vordere und hintere Teil des Areals bereits vergeben sind, nur noch konkret um die 18'500 m² x CHF 14.00, also um etwa CHF 259'000.00. Er bittet im diesem Zusammenhang diesen Betrag zumindest ins Budget pro 2007 aufzunehmen.

Claude Rothen, SP/EVP-Fraktion, ergänzt: Andreas Bammatter und er haben dieses Leistungspostulat nach zwei klaren Volksentscheiden eingereicht. Er denkt, es sind jetzt die logischen weiteren Schritte zu unternehmen. Er dankt dem Gemeinderat für dessen Stellungnahme. Dessen Bemühungen gehen in eine gute Richtung. Der Park an der Baslerstrasse bleibt bestehen - und wird bezahlt. Mit der Nutzung und Pflege des Elefantentackers durch den FCA und der Street-Soccer Anlage stehen erste kostengünstige Ideen im Raum für die Nutzung dieses zweiten Teils des Areals. Doch auch der Rest dieses Geländes, die ehemaligen Familiengärten, gehört gestaltet, darf nicht unbewirtschaftet bleiben. Er meint aus dem Volksentscheid heraus zu hören, dass hier eine aktive Gestaltung erwartet wird. Gemeinderat und Einwohnerrat sind in der Pflicht, für eine sinnvolle und befriedigende Nutzung einzustehen. Ziel ist also eine Gestaltung der Grünfläche. Die Erwartung besteht, dass die beiden Behörden in den Fragen der Anliegen der Bevölkerung aktiv werden. Das Schlechteste wäre also im Moment eine passive Haltung, die den Eindruck erwecken würde, dass die Meinung der Bevölkerung überhaupt nicht ernst genommen wird. Was viel Wert ist - er denkt hier an eine grüne Anlage - darf auch etwas kosten, das haben die beiden Postulanten mit ihrem Vorstoss klar kommuniziert. Die EVP steht auch klar hierzu. Auch der postulierte Betrag von etwa einer Viertelmillion Franken könnte einen Maximalbetrag bedeuten, welcher, so denkt er, mit kreativen Ideen sicher deutlich gesenkt werden könnte. Aber kreative Ansätze sind gefragt, und da müssen jetzt halt alle den nötigen Einsatz zeigen. Es ist jetzt mehr nötig als ein Abgesang auf ein abgelehntes Baugesuch. Deswegen auch das Leistungspostulat von Andreas Bammatter und ihm - des Urnenentscheids wegen und im Respekt vor dem Volkswillen. Auch im Namen der EVP-Fraktion empfiehlt Claude Rothen das Leistungspostulat anzunehmen.

EINTRETEN

://:

Das Eintreten auf das Geschäft 3679 ist unbestritten.

DETAILBERATUNG:

Dr. Guido Beretta, FDP-Fraktion: Die FDP-Fraktion kann den Überlegungen des Gemeinderates folgen. Er hat heute mit Überraschung vernommen, dass seine Fraktion ein paar Dinge anders verstanden hat. Wenn er das Leistungspostulat betrachtet, so reden die Herren Bammatter und Rothen im ersten Teil des Antrags für die Bewirtschaftung der beiden Teile Wegmatten I und II, d.h. dass im Budget 2007 CHF 530'754.00 (sofern richtig gerechnet) aufgenommen werden sollen. Herr Rothen hat jetzt nun fairerweise eine kleine Andeutung gemacht, woher dieses Geld kommen soll. Man müsste fairerweise aber auch sagen, dass die Gemeinde, wenn man so etwas verlangt, sich auch überlegen müsste, wie sie diesen Betrag überhaupt beschaffen soll. Nun kennen alle das Budget der Gemeinde und die mehrjährigen Sparbemühungen. Und er kann sich nicht vorstellen, dass man das Geld in einem anderen Posten, in einem anderen Bereich im Budget noch einsparen könnte, ohne dass ein wahnsinniges Geschrei entstehen würde. Der Hauptpunkt, weshalb die FDP-Fraktion den Erwägungen und Überlegungen des Gemeinderates zustimmt, liegt nicht darin, dass die FDP etwas gegen eine grüne Wegmatten II und Wegmatten I hätte, im Gegenteil: Dies finden die FDP-Mitglieder auch, das sei richtig so; den Volksentscheid akzeptieren sie. Daran ist auch nichts zu ändern. Aber, der grosse Unterschied ist immer noch der, dass der Gemeinde mehr als eine halbe Million Franken jährlich zugeflossen wären, wenn dort die Bauten hätten realisiert werden können. Die beiden Postulanten aber verlangen das pure Gegenteil. Sie wollten die fünfhundertdreissigtausend Franken im Budget als Ausgabe vorsehen. Und es ist nicht klar, woher dieses Geld kommen soll. Es geht einfach darum, Prioritäten zu setzen. Und der Gemeinderat hat aufgrund des Budgets die Prioritäten gesetzt. Hier würde man eine seines Erachtens wesentliche Prioritäten verändern. Im Übrigen, so seine persönliche Meinung, auch die Menschen und Anwohner rund um dieses grüne Areal sollten sich jetzt überlegen, was für einen Mehrwert sie davon haben, wenn dieses Grundstück nicht überbaut wird. Vielleicht sollten sie auch etwas zum Unterhalt dieser Grünfläche beitragen. Die FDP-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderates folgen und das Leistungspostulat nicht überweisen.

Bruno Steiger, SD-Fraktion: Er hat den beiden Postulanten gut zugehört und möchte persönlich darlegen, was ihn gestört hat. Vor allem wie der Volkswillen ausgelegt wird, ganz nach dem Gusto der beiden Postulanten. Man muss sich darüber im Klaren sein, dass 2/3 der Stimmenden negativ abgestimmt haben. Den Grund für deren Nein wissen aber auch die Postulanten nicht so genau, sondern legen dieses Ergebnis jetzt so aus, dass all die Ablehnenden die gleiche Meinung hätten. Er denkt, der Wille der Mehrheit ist, dass die Grünflächen vorläufig so wie bis anhin beibehalten werden, Claude Rothen hat vorhin geäußert, dass dieses jetzt noch grüne Areal nicht unbewirtschaftet bleiben darf. Davon aber ist eigentlich in der Abstimmung auch nie die Rede gewesen. Wie gesagt, es befremdet ihn, dass man hier mit solchen Begehrlichkeiten kommt. Er könnte jetzt den beiden Rednern entgegenkommen, dass, wenn die beiden Postulanten ein Projekt realisieren möchten, sie auch dafür sorgen würden, dieses kostenneutral zu erreichen, d.h. die nötigen finanziellen Mittel selbst zu beschaffen. Die Gemeinde Allschwil steht finanziell nach wie vor nicht gut da. Viele Stimmberechtigte haben ein *Nein* in die Urne gelegt, weil sie gegen das siebenstöckige Wohnhaus gewesen sind. Dies ist nun mal wirklich ein Riegel gewesen, der vielen ins Auge gestochen ist und viele gestört hat – Vor allem war man auch für die Beibehaltung der Grünfläche. Aber das hier sind die Wünsche der SP/EVP wie Anbringen von Stühlen, Einteilen von Zonen für Menschen, Tiere, Sport etc. Er meint, wenn alle diese Anliegen auf dieser einen Fläche untergebracht werden sollen, ist letztendlich dieses Areal denn doch zu klein. Im Übrigen ist er der Ansicht, auch aus finanziellen Überlegungen, ausnahmsweise den Gemeinderat unterstützen zu müssen. Es bleibt ja grün, so dass die Gegner des Projekts

vorerst zufrieden und auch mal bescheiden bleiben sollten. In seiner Jugend hat er noch Platz gehabt in der Wildnis zu spielen, da noch viele Flächen nicht überbaut waren. Soll man doch diese Fläche überwachsen lassen.

Basil Kröpfli, SVP-Fraktion: Auch die SVP-Fraktion stimmt den Ausführungen des Gemeinderates zu. Wenn man zurückblendet, ist es bei der Abstimmung darum gegangen, ob die Bevölkerung eine Überbauung auf die Wegmatten bekommt, die der Gemeinde Allschwil über viele Jahre hinweg jährlich über eine halbe Million Einnahmen beschert. Zusätzlich hätte man noch einen frei zugänglichen Park erhalten mit Bäumen, Bänken etc. Mit dem Leistungspostulat wird genau das Gegenteil verlangt. Anstatt jährlich eine halbe Million Franken Einnahmen zu erhalten, wird verlangt, über eine halbe Million auszugeben. Er hat beim ersten Lesen des Leistungspostulates zuerst gemeint es sei ein Witz. Er nimmt es mal ironisch zur Kenntnis. Er gibt zu, dass beim Vorbeifahren das Grundstück nicht als wunderschöner Park wahrgenommen wird. Aber es hat im vorderen Teil einen Brunnen, Wege, einen Spielplatz, Bänke etc. Es ist doch schon etwas vorhanden. Dies ist wieder einmal eine typisch linke „Nice to have“-Forderung, die sich Allschwil einfach nicht leisten kann. Wenn Steuersenkungen gefordert werden, heisst es aus der Ecke der SP stets, ist dies unmöglich, denn eine solche Summe kann nirgends mehr eingespart werden. Nun aber will die SP Knall auf Fall über eine halbe Million oder inzwischen eine Viertelmillion Franken ausgeben, der genaue Betrag ist ihm nicht ganz klar, um die Wegmatten zu verbessern. Man hat bei der Abstimmung schon um die Konsequenzen einer Ablehnung des Projekts gewusst. Jetzt muss man eben damit leben. Die SVP tut dies, die andere Seite ist aufgefordert, dies auch zu tun.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion: Der Röstigraben ist heute Abend perfekt. Auch die CVP-Fraktion ist gegen dieses Leistungspostulat. Vor den Ferien hat der Einwohnerrat die Rechnung pro 2005 genehmigt, den Finanzplan gesehen, dort auch gesagt, wie es um die Finanzen steht. Der Gemeinderat hat ganz klare Prioritäten gesetzt. So beispielsweise hat der Gemeinderat den Kindergarten Pestalozzi zurückgestellt, d.h. anstelle eines Ersatzes wird der bestehende saniert. Man stelle sich mal vor, dass ein so wichtiges Vorhaben zurückgeschoben wird, hingegen soll eines Volksentscheides wegen, den auch die CVP selbstverständlich akzeptiert, gehandelt werden. Er ist der Meinung, dass dieses Areal nun mit minimalen Mitteln bewirtschaftet werden müsste. Es gilt eindeutig andere Prioritäten zu setzen. Die CVP lehnt das Leistungspostulat ganz klar ab.

Peter Th. von Arx, SVP-Fraktion: Seine Fraktion ist der Meinung, dass hier vor der Abstimmung ganz klar, zumindest von 4 Parteien beschlossen worden ist, dieses Vorhaben zu stützen. Einzig eine Splittergruppe der SP/EVP-Fraktion stellte sich dagegen. Zweimal resultierte ein Nein und es ist deprimierend, dass das Vorhaben nicht „durchgekommen“ ist. Er hat es ganz toll gefunden, dass Gemeindepräsident Dr. Anton Lauber in seiner Stellungnahme zur Abstimmung klar und deutlich kommuniziert hat, es gebe keine Steuererhöhungen. Er ist davon überzeugt, dass der Gemeinderat vermutlich alles nur Erdenkliche unternommen hat, um den Finanzplan einigermaßen im Lot zu halten. Aus diesem Grund ist es für ihn unverständlich, genau diesen fehlenden Betrag nochmals zu fordern, wenn man haargenau weiss, dass die Gemeinde effektiv kein Geld hat. Zudem ist durch diese Ablehnung auch ein immenser Imageverlust innerhalb der Gemeinde entstanden – und gegenüber den Investoren. Er hat etwas gehört von Gestaltung im Sinne der Bevölkerung. Er hat von dem bis anhin noch nichts gehört und hält auch nichts davon. Er ist der Meinung, dass dieses Grundstück unverändert so belassen werden soll. Abschliessend sein Vorschlag: Wenn etwas von Wert auch entsprechend kosten soll, so soll doch bitte auch die SP/EVP dies finanzieren.

Verena Meschberger, SP/EVP-Fraktion: Zuerst ein Wort an Basil Kröpfli. Es herrscht auch in der SP/EVP Meinungsfreiheit bezüglich der Wegmatten. Es sind nicht alle SP/EVP-Fraktionsmitglieder einer Meinung mit Andreas Bammatter und Claude Rothen. An dieser Stelle entgegnet sie auch gleichzeitig Kurt Kneiers Äusserung bezüglich des Röstigrabens. Er ist nicht ganz so tief wie er es befürchtet. Und damit kommt sie zum eigentlichen Punkt ihrer Stellungnahme. Wie bereits Guido Beretta und Peter Th. von Arx erwähnten, geht es um einen Betrag von fünfhunderttausend Franken, den die Gemeinde zum einen nicht bekommt und um

weitere knapp fünfhunderttausend, welche zusätzlich ausgegeben werden sollen. Dies entspricht letztendlich einer Million Franken, d.h. zwei Steuerprozenten. Sie erinnert daran, dass bereits schon nach der Ablehnung von Wegmatten I die Gemeinde damit hat umgehen müssen, dass erhoffte Einnahmen von jährlich über sechshunderttausend Franken nicht generiert werden konnten. Für sie als freies SP-Fraktionsmitglied und Präsidentin der Fireko ist dieses Leistungspostulat schon aus finanziellen Gründen nicht tragbar. Sie wird es sicher ablehnen.

Gemeinderat **Robert Vogt** möchte nun die vier Fragen von Andreas Bammatter beantworten:

- Arealgrösse: Ob nun das gesamte Areal betrachtet wird oder bloss die Hälfte, ist derzeit für den Gemeinderat nicht von Bedeutung. Alle Argumente treffen dennoch zu.
- Unterhalt: Der Unterhalt des mittleren Teils ist dank einer speziellen Vereinbarung (zweimal jährlicher Rasenschnitt) für die Gemeinde kostenlos.
- Elefantenacker für FC Allschwil: Was würde näher stehen, als dass der FC Allschwil dieses Gelände weiterhin nutzt? Er denkt, dies ist schon lange so. Gleichwohl der Verein nun eine neue Sportanlage erhält, spricht überhaupt nichts dagegen den Elefantenacker zu behalten.
- Street Soccer-Anlage: Dort, wo Gebäude abgebrochen werden, ist der Boden ohnehin bereits in Form eines Fundamentes vorhanden. An dieser Stelle kann mit wenig Aufwand und somit auch finanziell günstig die Unterlage für Street Soccer-Anlagen hergerichtet werden. Auch in Bezug auf die Nutzung, nämlich Fussballspielen, ergänzen sich die beiden „Anlagen“ sehr gut.

Der Gemeinderat wird selbstverständlich den Einwohnerrat weiterhin bezüglich der vorliegenden Vorschläge auf dem Laufenden halten.

Jürg Gass, SP/EVP-Fraktion: Wie soeben Verena Meschberger erwähnt hat, ist der Röstigraben fürs erste kurz zugeschüttet. Es ist wirklich so, dass grossmehrheitlich die SP/EVP-Fraktionsmitglieder gegen dieses Leistungspostulat sind. Für ihn ist dieses Areal eher eine wild wuchernde Wiese. Er kann als Spielplatz nicht sehr viel damit anfangen. Er erwartet vom Gemeinderat und Einwohnerrat Vorschläge, wie man diese Fläche als Grünfläche definitiv gestalten kann. Zum FC Allschwil: Der Verein erhält die neue Sportanlage Im Brüel, besitzt bereits den Sportplatz Gartenhof und soll jetzt noch den Elefantenacker als alleiniger Nutzniesser erhalten. Es scheint ihm doch etwas übertrieben und unverständlich, dass dieser Verein sämtliche Sportplätze allein soll nutzen dürfen. Weshalb kann man diese Fläche nicht für alle zugänglich machen? Auch andere Jugendliche möchten gerne frei Fussballspielen gehen können, was nicht möglich ist, wenn nun alles mit Zäunen umschlossen wird. Ihm gefällt dies nicht. In dieser Hinsicht bittet er den Gemeinderat eindringlich, ein anständiges weitergehendes Konzept zu entwerfen, welches vom Einwohnerrat beschlossen werden kann. Ob es nun ein Minigolf gibt oder eben nicht, auf jeden Fall etwas, was die nächsten 20 Jahre bestehen bleibt. Nicht, dass in zwei Jahren wieder ein Bauprojekt vorgelegt wird, welches dann wieder abgelehnt wird. Bis zu diesem Zeitpunkt plädiert er dafür, die Wiese nun mal Wiese sein zu lassen, wie sie ist. Wer Spass hat an diesem Ort, soll sich dort verweilen können. Er wird gegen dieses Leistungspostulat stimmen.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Er möchte nur noch zum Votum der FDP-Fraktion ergänzen betreffend die Finanzierung. Er denkt, dass die Bevölkerung sich anhand der Informationen bewusst gemacht hat, was auf sie zukommt. Es ist auch überdeutlich in den Abstimmungsunterlagen dargestellt worden, was die Gemeinde im Fall der Realisierung verdienen würde oder eben nicht. Das Volk hat sich dann entschieden – eben für diese Grünfläche. Er möchte aber auch daran erinnern, dass eine halbe Million bereits in die Wegmatten investiert worden ist, nämlich in Form des Wettbewerbes. Die Gemeinde hat hundertneunzehntausend Franken für die Räumung/Verlegung der Familiengärten ausgegeben. Dies sind alles Sachen, die nicht eindeutig vom Volk so gewünscht worden waren. Also, eine halbe Million Franken ist bereits „versenkt“ worden, ohne dass das Volk einbezogen worden ist. Und wenn man ihm heute zugehört hat, hält er fest – und hierbei stimmt er dem Votum von Bruno Steiger zu, dass der Grund der Ablehnung nicht eindeutig klar ist. Doch das Volk muss endlich einbezogen werden, pro-aktiv aufgefordert werden seine Meinung zu äussern. Es soll nicht schon wieder etwas Neues geplant werden ohne das Volk einzubeziehen. Nochmals auf

die Fläche zurückkommend hält er fest, dass der vordere Teil mit dem Hummelbrunnen seit eh und je mit CHF 14.00/m² bewirtschaftet worden ist. Also darf er doch jetzt, nachdem er dies gesehen hat, diese Fläche vom Gesamten subtrahieren, so dass noch 18'500 m² übrig bleiben. Es geht nicht um die gesamten 40'000 m², sondern einzig um die 18'500 m². Deswegen gibt es eine Kostenänderung. Er hat Verständnis für die politischen Ansichten der Ratsmitglieder. Doch bittet er eindringlich, zumindest politisch aktiv, dass das Volk aufgefordert wird sich zu äussern, damit nicht eine dritte eine Abstimmung über ein Vorhaben lanciert wird, welche wieder nicht zum Ziel führt. Zwei Drittel der Stimmenden muss man Ernst nehmen.

Lucius Cueni, SP/EVP-Fraktion: Er möchte als erstes darauf hinweisen, dass es sich um ein Postulat handelt. Der Gemeinderat wird darin aufgefordert zu prüfen. Und die Viertelmillion, die nach Abzug der bereits bewirtschafteten Fläche gefordert wird, ist ein Maximalbetrag. Keiner sagt, dass dieser auch wirklich in voller Höhe ausgegeben wird. Wenn man aber das Gelände in seinem heutigen Zustand betrachtet, so schreit es direkt nach Gestaltung. Es kann nicht sein, dass auf dem Gebiet einfach nichts getan wird und dieses Areal schlicht zur Hundetoilette verkommt. Also, wenn es ein Brachland werden soll, dann muss es auch nach ökologischen Grundsätzen gestaltet werden. Dies lässt sich mit einem Bruchteil der angesprochenen Viertelmillion durchaus realisieren. Einen attraktiven Ort gestalten, ohne Bänkli und ohne Bocciabahn. Es geht darum die Bevölkerung einzubeziehen, dass an diesem brachliegenden Ort etwas realisiert wird und dieser nicht bloss dazu genützt wird, dass sich die Hunde versäubern können. Er bittet die Anwesenden eindringlich, das Leistungspostulat in diesem Sinne anzunehmen – damit eben etwas aus diesem Grundstück gemacht wird, und wenn es sich „bloss“ um eine ökologische Aufwertung handelt. Es kann nicht sein, dass gar nichts geschieht.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Zum Glück wurde gesagt, was ein Postulat ist. Er greift zwei, drei Punkte auf: Vorhin wurde der Begriff *Splittergruppe* genannt. Er hat gehört, dass eine Splittergruppe der SP/EVP-Fraktion es geschafft hat, zwei Drittel der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zu gewinnen. Man stelle sich mal vor, es wäre die gesamte Fraktion gewesen? Es wird argumentiert, es geht um die Bedürfnisse bzw. um die Nutzniessung der Anwohner, das kann ja nicht sein. Der Trämlspielplatz ist nicht bloss ein Spielplatz für die Anwohner links und rechts davon, so auch nicht der Bachbummele-Spielplatz. Er findet es ganz schlecht, wenn man sagt, nur im Quartier kann man vom Ganzen profitieren. Wenn Allschwiler nur noch als Quartierdenkende argumentieren, *unser* oder *euer* Quartier, das kann nicht sein. Es ist weiter gesagt worden, so von Bruno Steiger, dass vor mehreren Jahrzehnten die Jugend noch überall hat spielen können, das stimmt. Auf der Wildnis, wo beispielsweise er selbst als Kind noch Fussball gespielt hat, fahren heute Autos. Darum ist er froh zu erfahren, was aus der Motion von Hanspeter Frey dereinst resultiert; übrigens hat er damals auf der Strasse Fussball gespielt. Abschliessend erwähnt er den BaZ-Artikel vom 30. August 2006, indem die Gemeinde Binningen beschrieben wurde „Die Gemeinde Binningen buhlt um junge Familien“. Es ist sehr interessant zu lesen, was Binningen alles plant zu Gunsten von Familien, um ihre Gemeinde lebenswert zu erhalten.

Gemeindepräsident **Dr. Anton Lauber** dankt für die Voten. Er stellt zuallererst klar, dass hier ein Leistungspostulat beraten wird und nicht ein gewöhnliches Postulat. Wenn dieses Leistungspostulat heute überwiesen wird, geht es nicht darum, durch den Gemeinderat prüfen und anschliessend berichten zu lassen, d.h. der Gemeinderat einen Lösungsvorschlag in irgendeiner Form unterbreiten kann; dann MUSS der Gemeinderat... Soviel zum elementaren Unterschied der beiden Arten von Vorstössen. Mit einem Leistungspostulat wird der Gemeinderat bereits zu einer Leistung verpflichtet. Vom Anfang an hat der Gemeinderat immer kommuniziert, dass es ihm darum geht, auf diesem Areal keine Kosten zu produzieren. Dies ist auch der Grund, weshalb man bereit war, mit dem FC Allschwil das Gespräch zu führen, wie man den heute bestehenden Elefantenacker inskünftig nutzen kann. Dies war nicht bloss eine Idee des Gemeinderates. Sie kam sowohl selbst vom FC Allschwil als auch aus den Reihen der Gegnerschaft der Wegmatten-Überbauung, welche gewünscht hat, der Elefantenacker soll doch so bleiben wie er ist. Die Frage der öffentlichen Zugänglichkeit aufgreifend hält Anton Lauber fest, dass diese noch nicht definitiv beschlossen ist, denn die Verhandlungen laufen

noch. Klar ist jedoch, dass eine solche Wiese unterhalten werden muss, wobei die Exekutive leider feststellen musste, dass dies alles andere als einfach ist. Es braucht entsprechende Maschinen und sehr viel Arbeitszeit, um einen solchen Rasen zu unterhalten. Hierbei ist der Gemeinderat froh, wenn der FC Allschwil mit seinen eigenen personellen Ressourcen und Mitteln es schafft dies zu übernehmen. Aber er kann sich gut vorstellen, dass der Elefantenacker weiterhin so halb offen bleibt wie schon immer gewesen. Ein anderer wichtiger Punkt liegt ihm am Herzen: Die Street Soccer-Anlagen. Er präzisiert an dieser Stelle, dass der Gemeinderat grundsätzlich klar die Möglichkeit von zwei Standorten präferiert. Die eine Anlage auf dem Areal Bettenackerschulhaus, selbst wenn dort reklamiert wird. Aber man muss ganz klar sehen, dass sie damit auch dort steht, wo sie naturgemäss hingehört – nämlich dort, wo Kinder sind und sich austoben können. Als weiterer möglicher Standort kommt der Platz am Elefantenacker in Frage, wo heute die Baracke steht, welche abgebrochen wird. In Bezug auf die genannten CHF 14.00 pro m² ist der Fall auch klar. Wenn man berechnet, was der Unterhalt einer Fläche in dieser Grösse mit allem Drum und Dran kostet, so kommt man schnell auf diesen Betrag, welcher in erster Linie Personalkosten beinhaltet. Über eines muss man sich stets im Klaren sein: Ein Park, wie er gewünscht wird, muss erst erstellt werden. Dies, wie auch der jährliche Unterhalt kostet Geld, auch dies sind in erster Linie Personalkosten. Der Gemeinderat ist zum Schluss gekommen, dass sich die Gemeinde nicht in der Lage sieht, eine Fläche von 18'000 m² mit dem bestehenden Werkhof und dem entsprechenden Personal zu bewirtschaften. Mit anderen Worten, hier wird von einer Personalaufstockung gesprochen, wenn man diesen Park realisieren möchte. Er denkt sich, dass sich ein solches Vorhaben, wie vor allem von Guido Beretta argumentiert, zurzeit finanziell nicht vertreten lässt; insbesondere wegen der laufend wiederkehrenden Unterhaltskosten, welche sich vorab im Personalbereich niederschlagen. Soviel zur Ausgangslage. Der Gemeinderat hat immer wieder betont, dass es um eine mittel- bis langfristige Thematik geht, d.h. 5 – 10 Jahre. Die heutige Lösung für die Bewirtschaftung der Wiese ist für die Gemeinde kostenlos, denn der Landwirt wird für seine Arbeit in Form von Bundessubventionen entschädigt – also eine für die Gemeinde befriedigende Lösung. Als etwas unfair empfindet er die Aussage Jean-Jacques Winters bezüglich der Anstrengungen für Familien und Jugendliche. Immerhin haben Gemeinderat, Einwohnerrat, Stimmbürgerinnen und Stimmbürger der Realisierung des Begegnungszentrums zugestimmt, dessen Grundsteinlegung demnächst stattfindet. Die Baracke ist bereits abgebrochen worden. Man ist also in diesem Bereich überhaupt nicht inaktiv.

Thomas Pfaff, SP/EVP-Fraktion, dankt dem Gemeindepräsidenten für die Berichtigung bezüglich des Charakters eines Leistungspostulates, was im Übrigen auch im Geschäftsreglement des Einwohnerrates nachgelesen werden kann. Kreative, kostenneutrale Lösungen sind gefordert worden. Er hofft, dass der Gemeinderat bereit ist solche kreativen und kostenneutralen Lösungen aufzunehmen. Er ist gerne bereit, sich daran zu beteiligen solche Lösungen zu liefern. Er denkt sehr wohl, dass man dort noch einiges machen kann - ohne Kostenfolge. Beim Elefantenacker ist er hellhörig geworden. Man hat es im Brüel geschafft für den FC Allschwil eine Ersatzanlage für den Elefantenacker bauen zu können. Und jetzt ist es plötzlich so, dass der FC Allschwil die Sportanlage Im Brüel beziehen wird und dennoch den Elefantenacker behalten will. Wenn die Lösung so aussieht, dass der FC Allschwil diesen teilweise nutzen kann, indem er Eigenleistungen erbringt zum Erhalt des Platzes und dieser weiterhin halb öffentlich bleibt, dann ist es gut. Wenn das Areal jedoch ein FC-eigener Platz wird, auf dem die Bevölkerung nichts verloren hat, glaubt er schon, dass der Volksentscheid so zu deuten ist, die Wegmatten sollen öffentlich bleiben – und dazu gehört eben auch der Elefantenacker.

Barbara Selinger, SP/EVP-Fraktion: Sie hat Mühe mit der fast aggressiven Einstellung dem Abstimmungsresultat gegenüber. Für sie ist es beinahe schmeichelhaft, dass eine so kleine Splittergruppe eine so grosse Macht haben soll, dass fast zwei Drittel der Stimmbevölkerung ihnen zuhören würde. Sie würde sich so etwas nie im Traum anmassen. Sie möchte einfach bezüglich der Rechnung klarstellen: Das Volk hat *nein* gesagt zum Bauprojekt mit dem entsprechenden Baurechtszins, deshalb ist die Rechnung jetzt auf Null. Es geht jetzt um plus fünfhunderttausend oder zweihundertfünfzigtausend Franken und nicht um eine Million.

Jürg Vogt-Düring, FDP-Fraktion: Warum hat man denn Angst vor diesem Freiraum. Es wird ja bewirtschaftet. Man wird ja sehen, wie es von der Bevölkerung genutzt wird, wenn es so offen belassen wird. Er ist dafür, dass es die nächsten paar Jahre so bleibt.

Claude Rothen, SP/EVP-Fraktion, dankt, insbesondere Lucius Cueni, für die Voten. Es sind gute Ansätze, er hat deren einige gehört an diesem Abend. Er denkt, in diese Richtung muss man gehen. Er sitzt heute Abend auf der Seite der Unternehmer. Als solcher ermuntert er heute die Unternehmer unternehmerisch zu denken. Er hat leider wieder das Lamentieren hören müssen über die entgangenen Franken. Wenn man eine Niederlage einsteckt, muss man aufstehen und kreativ sein, dies weiss jeder aus seinem Alltag. Genau das wird jetzt vom Einwohnerrat erwartet, dies muss jetzt geschehen. Das Schlechteste wäre jetzt nichts zu tun. In diesem Sinne möchte er auch die Ermutigung verstanden wissen. Es müssen jetzt Fragen gestellt werden, es geht jetzt darum herauszufinden, was für Ideen existieren. Es sind Ideen vorhanden, auch gute. Wahrscheinlich ist das Ziel der Kostenneutralität gar nicht so abwegig. Er denkt aber, dass man dieses Geld trotzdem ins Budget einstellen dürfe, denn Geld vorsehen heisst nicht unbedingt es auch tatsächlich auszugeben.

Dr. Guido Beretta, FDP-Fraktion: Er ist Claude Rothen sehr dankbar, vor allem für den letzten Satz. Aus der Diskussion heute Abend ist er nicht schlau geworden. Wenn er den Wortlaut des Postulats betrachtet, welches es vor sich hat, stehen dort ganz fett gedruckt 530'000 Franken – und verlangt werden für 530'000 Franken punktuelle Verbesserungen. Für ihn ist dies ein Widerspruch. Im Weiteren hat Claude Rothen vor einer Minute gesagt, alle müssen aufstehen und kreativ werden. Weshalb sind dies die Postulanten nicht geworden? Sie hätten dem Plenum doch viel konkreter sagen können, was man für diese 530'000 Franken effektiv tun könnte, abgesehen davon, dass nicht gesagt worden ist, wie diese eingenommen werden sollen. Und gerade im nächsten Satz hat Herr Rothen von der Kostenneutralität geschwärmt – und er sagt bewusst *geschwärmt*. Es wissen bekanntermassen alle, dass wenn ein Betrag budgetiert ist, vor allem wenn das Geld noch nicht ausgegeben worden ist, die Tendenz besteht, es noch im letzten Moment zu tun, also wenn das Ende des Jahres 2007 naht. Oder der Betrag wird schlimmstenfalls noch ins Budget des folgenden Jahres gerettet. Der langen Rede kurzer Sinn: Er weiss nicht, um wie viel es konkret geht. Andreas Bammatter redet von einer Viertel Million und hier steht eine halbe Million. Er weiss nicht, was man damit machen will. Ideen sollen die anderen haben, nämlich der Gemeinderat. Zugegebenermassen ist ihm dies alles ein wenig zu vage.

Peter Hauser, SVP-Fraktion: Das Allschwiler Stimmvolk hat *ja* gesagt zu Grünen Lungen. Man will Wegmatten behalten, sie soll grün bleiben. Seiner Meinung nach ist der heutige Zustand ideal. Vorne hat man den sterilen englischen Rasen mit den Sitzbänken, die jedes Wochenende zusammengeschlagen werden und man kann jeden Montagmorgen den Abfall neben den Abfallkörben entsorgen. Wie Gemeindepräsident Anton Lauber bereits dargelegt hat, kostet dies sehr viel Geld. Eine Parkerweiterung kostet noch mehr. Er bedauert dies. Er würde den 99 % der Bevölkerung den grossen Park wirklich gönnen, jedoch darf man diejenigen nicht ausser Acht lassen, welche alles zerstören - was sich in den Kosten der Gemeinde niederschlägt. Er findet es komisch, dass gerade von Seiten der Biologen geäussert wird, es sei nicht schön, es sei hässlich und verwildert. Jede Pflanze, jedes Lebewesen hat seinen Sinn und seine Bestimmung. Er ist dafür, dieses Areal nicht zu verändern und es sich weiter verwildern lassen. Und die Sportplätze sind ja bereits da. Weshalb soll man sie abreißen? Nein, man soll sie nutzen, solange es geht und etwas daraus machen.

Lucius Cueni, SP/EVP-Fraktion: Er dankt Dr. Anton Lauber und Thomas Pfaff für deren Belehrung bezüglich eines Leistungspostulates. Es ist ihm selbstverständlich bewusst, was ein Leistungspostulat ist. Aber man sollte eben auch lesen, was darin steht. Die Postulanten fordern das Geld ins Budget aufzunehmen. Liest man dann weiter „... damit soll den Bedürfnissen verschiedener Nutzungen Rechnung getragen werden. Der Gemeinderat wird gebeten, punktuelle Verbesserungen anzubringen...“. Das müsse er dann auch tun, richtig. „...welche den verschiedenen Nutzungsbedürfnissen entsprechen“. Aber dann steht auch „...neben der Grünfläche erachten die Postulanten folgende Massnahmen als prüfenswert:...“

Das heisst nicht, dass der Gemeinderat dies tun muss. Dort hat der Gemeinderat freie Hand. Er versteht den Willen der Postulanten so, dass man den Betrag ins Budget nimmt und mit dem Betrag punktuelle Verbesserungen anbringt. Ob man den ganzen Betrag benötigt oder nicht, bleibt dahingestellt. Und es muss diskutiert werden was *Verbesserungen* bedeutet. Auch den Naturraum, wie er jetzt ist, kann man verbessern, indem man Kleinstrukturen gestaltet. Dies ist ja auch eine Verbesserung. Andere Leute erachten vielleicht ein Schwimmbad als Verbesserung, doch dies ist ihm auch zu teuer. Nun gilt herauszufinden, was denn eigentlich eine Verbesserung darstellt. Jetzt ist zwischen Bevölkerung, Gemeinderat und Einwohnerrat, die Diskussion zur Lösungsfindung gefragt. Es geht um punktuelle Verbesserungen, was auch immer das heisst.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Er muss sich leider nochmals wiederholen, anders ist es nicht möglich. Er hat versucht, die Fakten auf den Tisch zu legen und beschrieben, wie er den Betrag auf vierzehn Franken genau errechnet hat. Das ist nach Allwo berechnet und nicht seine Idee gewesen. Anton Lauber hat dann interpretiert und richtig gestellt, dass es um die Fläche von 18'500 m2 geht und dies ergibt dann schlussendlich die Viertelmillion, soviel zur Erklärung. Hierüber ist man sich hoffentlich einig, da der vordere und hintere Teil nichts kostet. Dies hat der Gemeinderat unmissverständlich gesagt, so dass hoffentlich alle nun verstanden haben, weshalb die Postulanten von einer Viertelmillion reden. Es kann nicht angehen, dass man sagt, es werde so belassen, jedoch alle zwei Wochen im AWB schreibt, dass die jetzige Nutzung der Wiese Allschwil zur grössten europäischen Hundetoilette mache. Dann muss man halt dazu stehen und bestätigen, dass es so ist und man den Hundehalter/innen diesen Bereich lässt. Er hat keinen Hund, ist also kein Lobbyist. Er möchte nicht, dass ständig das eine mit dem andern vermischt wird. Aber dann soll es auch so gemacht, das Areal verwildert werden lassen. Aber man soll dazu stehen und es so kommunizieren.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, an die Adresse von Andreas Bammatter. Er habe nun schon zweimal das Areal als „Hundetoilette“ bezeichnet – und ihn auf eine Idee gebracht. Allschwil geht es finanziell unbestritten nicht so rosig. Weshalb sollte man nicht durch die Gemeindepolizei Bussen erheben lassen bei denjenigen, welche dort ihre Hunde sich versäubern lassen? Bis zu 1'000 Franken pro Fall dürfte man ja verlangen. Auf diese Weise fliesse Geld in die Kasse, welches dann zu einem späteren Zeitpunkt für etwas Sinnvolles verwendet werden könnte.

Mario Bernasconi, SD-Fraktion: Er fragt sich, ob eigentlich eine Möglichkeit besteht, die Wegmatten selbsttragend zu gestalten. Wieso soll die Clubhütte abgerissen werden? Der FC Allschwil ist auf ein gut laufendes Restaurant erpicht. Ursprünglich war es bewilligt als vereinseigenes Clublokal, hat sich inzwischen aber zum öffentlichen Restaurant gewandelt. Dass die Leute, die bis jetzt auf dem Elefantenacker gewesen sind, dort etwas getrunken und gegessen haben, seien es jetzt FC-Mitglieder, Spieler anderer Mannschaften oder Besucher das neue Clubhaus besuchen, glaubt er nicht. Wieso versucht man nicht, das Clubhaus zu erhalten und zu verpachten, so dass es Gewinn abwirft? Das dem so war und weiterhin so sein kann, weiss er aus Erfahrung. Diesen Gewinn wiederum könnte man für den Unterhalt des Platzes verwenden, so sein Vorschlag.

Dr. Anton Lauber abschliessend: Der Gemeinderat hat sich diese Frage auch gestellt. Aber es liegt auch ein Volksentscheid vor, dahingehend, dass die Gemeinde Allschwil nicht Wirt sein kann. Und ist auch schlicht nicht vorstellbar, dass die Gemeinde dort in Eigenkompetenz eine Clubwirtschaft unterhält. Deshalb hat die Exekutive entschieden, die Hütte abzureissen.

Basil Kröpfli, SVP-Fraktion, stellt den Ordnungsantrag die Diskussion zu schliessen.

://:

Dem Antrag von Basil Kröpfli wird grossmehrheitlich zugestimmt, so dass Einwohnerratspräsident Christoph Morat die Diskussion als abgeschlossen erklärt.

Ratpräsident Christoph Morat erklärt den verfahrenstechnischen Ablauf der Abstimmung: Es wird aus der Sicht der Postulanten abgestimmt – und nicht über die Anträge des Gemeinderates. Es wird bei allen vier Leistungspostulaten so verfahren

://:

Das Leistungspostulat Nr. 3679.1 wird mit 26:5 Stimmen abgelehnt.

Leistungspostulat Nr. 3679.2

Produktgruppe (Leistungsauftrag) 661; ‚Jugendarbeit und Freizeit‘

Gemeinderat **Heinz Giger**: Die Stellungnahme des Gemeinderats ist klar. Es geht um eine Ausnahmesituation, verbunden mit der Geburt eines Kindes. Hierzu vermittelt er etwas Hintergrundwissen. Zum Zeitpunkt, als diese Frau Mutter geworden ist, ist noch nicht über das Mutterschaftsgesetz abgestimmt worden. Die Mutter konnte den üblichen 16-wöchigen Mutterschaftsurlaub beziehen. Dies hatte für die Gemeinde bezüglich des finanziellen Handlungsspielraums bedeutet, dass während diesen 16 Wochen niemand anderes als Ersatz für die Mitarbeiterin hat angestellt werden können. Mitten in dieser Zeit wurde über das Mutterschaftsgesetz abgestimmt, wonach der Arbeitgeber, sofern die Mitarbeiterin nach der Geburt wieder arbeitet, dieser 80 % des ausbezahlten Gehalts rückerstattet, also ähnlich der Erwerbsersatzlosenverordnung in der Armee. Es ist dem Arbeitgeber Geld zur Verfügung gestellt worden. Dies ist in einem Zeitraum geschehen, während dessen nicht mehr hat reagiert werden können und man auch niemanden mehr hat anstellen können, also in einem Zeitraum, in dem das geltende Recht angewendet worden ist. Dies bedeutet auch, dass bei Freiwerden einer Stelle aus irgendeinem Grund, z.B. Mutterschaft, eine zweimonatige Karenzfrist eingehalten wird, bis die Stelle wieder besetzt oder ersetzt wird. Bevor der Mutterschaftsurlaub abgelaufen war, wurde ein Ersatz gesucht und gefunden. Der Gemeinderat konnte befristet jemanden im 50 %-Pensum anstellen. Im operativen Teil bedeutete dies, dass dieser Leistungsauftrag, in stark reduziertem Umfang, wahrgenommen werden konnte. In anderen Worten, die mobile Sommeraktion konnte durchgeführt werden, wenn auch nur in eingeschränktem Mass. Dies ist bedauerlich. Sollte morgen nochmals die gleiche Situation eintreffen, nämlich eine Mitarbeiterin schwanger werden, dann ist es so, dass der Gemeinderat frei ist in der Entscheidung, während eben diesen vier Monaten befristet für einen Ersatz zu sorgen. Dies ist zwar bis jetzt nicht vorgekommen, doch geht Heinz Giger davon aus, dass Verwaltung und Gemeinderat korrekt und grosszügig von dieser Möglichkeit Gebrauch machen werden. In diesem Sinne ersucht er dieses Postulat abzulehnen.

Barbara Selinger, SP/EVP-Fraktion dankt GR Heinz Giger sehr für dessen Ausführungen und freut sich über deren Inhalt. Sie möchte aber trotzdem begründen, weshalb sie immer wieder so reagiert. Sie ist damals äusserst beeindruckt gewesen von der Idee der wirkungsorientierten Verwaltungsführung. Weil sie dies aus beruflichen Gründen kennt, ist sie davon überzeugt, dass ein Bericht, ein Rapport immer etwas bewirkt. Deshalb hat sie auch stets die Leistungsberichte aufmerksam gelesen – und, wenn sie etwas gefunden hat, was ihrer Ansicht nach eine Massnahme erforderlich scheinen liess, darauf reagiert. Wenn dies nicht passiert, hätte für sie diese Berichterstattung keinen Sinn und wäre nutzlos. Zudem ist ihr der ganze Bereich Jugend- und Freizeitarbeit sehr ans Herz gewachsen, auch als Mutter eines Sohnes, der regelmässig dort verkehrt. Sie hat Dinge erfahren, die sie schwer getroffen haben, und zwar brüstet man sich immer wieder auch im AWB mit der tollen Jugendarbeit, die dort im Jugendfreizeithaus geleistet wird. Diese wiederum sei einzig dem endlosen Engagement eines tollen Teams zu verdanken. Die Mitarbeitenden fühlen sich aber wenig beachtet, sie seien lohnklassenmässig sehr bescheiden eingestuft worden, sie erhalten keinen Zuschlag für Nachtdienst. Vor zwölf Jahren haben sie per Volksabstimmung 400 Stellenprozente zugesprochen erhalten, welche bis auf 30% nicht erfüllt worden sind. Es komme selten jemand vorbei, um sich den Betrieb anzusehen; vielleicht auch mithin ein Grund, weshalb so lange niemand reagiert hat. Doch sie ist erfreut, dass wenigstens ein Ersatz gefunden werden konnte, wengleich sie auch anmerkt, dass die Verwaltung sicherlich schon lange von der Schwangerschaft dieser Mitarbeiterin gewusst hat. Allschwil redet immer von einer nachhaltigen Politik. Im Geschäftsbericht kann man es nachlesen. Dort geht es wirklich um unsere Jugend. Sie kann nicht verstehen, weshalb man etwa bei einem Heimatmuseum über den geltenden

Personalstopp hinwegsehen kann, aber beim Jugendhaus, wo unübersehbar steigende Nachfrage herrscht, nicht; zumal es sich lediglich um einen temporären Ersatz gehandelt hätte. Des Weiteren ist ihr von Seiten der Mitarbeitenden gesagt worden, dass sie teilweise nur noch aus Freude an der Sache dort arbeiten, denn nebst der Kinder- und Jugendbetreuung müssten sie sämtliche Unterhalts- und Reinigungsarbeiten selbst bewältigen. Dies schliesst auch den Robi-Spielplatz mit ein. Auch wenn diese Mitarbeiterin inzwischen wieder arbeitet, bleiben nach wie vor die 30 Stellenprozente, die nicht besetzt sind. Es wäre sicherlich nicht schlecht gewesen, diese Stellen tatsächlich auch zu besetzen.

Heinz Giger stellt klar, dass die Arbeitsbedingungen in den Verträgen klar geregelt sind. Wenn nun jemand seine Arbeitszeit beispielsweise von 12.00 – 21.00 definiert hat, so gehört dies zu seinem Job. Somit scheint es ihm schwierig, in diesem Bereich eine Diskussion zu führen über die Abgeltung von Abendstunden. Dies sind spezifische Arbeitszeiten, wie sie auch in anderen Berufssparten Gang und Gäbe sind. Nachtzulagen sind in den von der Postulantin angesprochenen Arbeitsverträgen gar nicht Sachverhalt, so dass es auch nicht sinnvoll ist, hier über deren Ausrichtung zu diskutieren. Es ist eine Frage der Vertragsfreiheit, bzw. was zu einem Beruf gehört. Er ist der Meinung, Allschwil nimmt die Arbeit mit der Jugend sehr Ernst, unternimmt sehr viel in diesem Bereich. Er bittet zur Kenntnis zu nehmen, dass Gemeinderat und Verwaltung hier nichts verschlafen.

://:

Barbara Selinger, SP/EVP-Fraktion, zieht aufgrund der Ausführungen von Heinz Giger ihr Leistungspostulat zurück.

Leistungspostulate 3679.3 und 3679.4

Produktgruppe (Leistungsauftrag) 761 und 762; ‚Freie Beratung‘ und ‚Leistungen im Sozialbereich‘

Produktgruppe (Leistungsauftrag) 763; ‚Leistungen im Vormundschaftsbereich‘

Gemeinderat **Arnold Julier** geht davon aus, dass man das vorliegende Postulat gemeinsam mit dem Postulat 3679.4 behandeln kann, da es sich um das gleiche Thema handelt. Vor präzise 366 Tagen wurde hier über genau das gleiche Thema diskutiert. Inzwischen sind diese 366 Tage verstrichen und wie man den Medien hat entnehmen können, sind sowohl die Vormundschafts- als auch Sozialhilfefälle gestiegen. Der analysierte Kennzahlenvergleich des Jahres 2004 liegt vor. Die Vergleichszahlen aus dem Jahr 2005 sind derzeit in Bearbeitung. Eine organisatorische Massnahme wurde bereits veranlasst, indem die Sozialhilfebuchhaltung vom Departement Finanzen in das Departement Soziale Dienste/Gesundheit umgeteilt worden ist. Um diese Umstrukturierung der Sozialhilfebuchhaltung umsetzen zu können, wurden die bisher nicht ausgeschöpften Stellenprozente verwendet. Deshalb ist das vorliegende Postulat inzwischen d.h. per 1. Januar 2007 auch vollumfänglich erfüllt. Wie bereits erwähnt sind die Fallzahlen stark gestiegen. Diese Entwicklung wurde analysiert; dem Plenum wird anlässlich der Sitzung vom 12. Januar 2007 ein Bericht vorgelegt werden, mit welchem dieser Situation Rechnung getragen und gleichzeitig auch das Postulat Bammatter (3600) behandelt wird. Eine Bemerkung zur Aussage von Barbara Selinger, sie würde die Leistungsberichte sehr gut lesen und zu ihrer Begründung im Leistungspostulat 3679.3 „Die Situation der immer länger werdenden Wartefristen bis zur Erstberatung hat sich nicht verbessert. Sie verschlechtert sich stetig“. Wenn er die Leistungsberichte vergleicht, so sind im 2003 8 Tage, im 2004 6 Tage und im 2005 noch deren 5 Tage angegeben. Dies zeigt, dass sich die Mitarbeiterinnen intensiv um die Ratsuchenden kümmern können. Er ersucht die Ratsmitglieder, diese beiden Leistungspostulate abzulehnen.

Barbara Selinger, SP/EVP-Fraktion: Ihre Forderung ist nicht gewesen, eine durch Pensionierung frei werdende Stelle wieder zu besetzen, sondern wirklich aufzustocken. Sie fühlt sich bestätigt in ihrer Forderung. Das Thema Wartefristen jedoch ist irrtümlich Teil ihres Postulates gewesen, da sie den Text aus dem Vorjahr übernommen hat. Hierfür entschuldigt sie sich in aller Form. Hingegen hält sie an ihrer Forderung bezüglich Stellenaufstockung fest, denn sie habe mehrfach Anlass gesehen für diese Massnahme. Der Kennzahlenvergleich

bestärkt ihre Haltung. In diesem Zusammenhang muss sie ketzerisch fragen, ob man in Allschwil tatsächlich einen anderen Ausgang des Vergleichs erwartet hat. Sie ist letztes Jahr auf das Vorliegen der besagten Vergleichsergebnisse vertröstet worden. Die liegen jetzt vor und Barbara Selinger sieht nach wie vor eine brenzlige Situation. Deswegen muss über den Personalstopp hinweggesehen werden und die geforderte Stellenaufstockung vorgenommen werden, damit in diesem Bereich wirklich etwas geändert werden kann.

Alice Märky-Schällibaum, FDP-Fraktion: Ihre Fraktion ist zufrieden mit der Begründung des Gemeinderates und folgt der Argumentation. Die FDP ist sicher für eine Aufstockung, wenn dies vom Gemeinderat gewünscht und begründet wird. Vorerst kann gut zugewartet werden, zumindest, bis die Exekutive mit einem entsprechenden Antrag um Schaffung einer weiteren Stelle vor den Einwohnerrat tritt. Es ist nicht gut, wenn der Einwohnerrat bestimmt, wie viel Personen wo arbeiten.

Dr. Ivo Corvini, CVP-Fraktion: Er möchte sich generell zu den Leistungspostulaten äussern. Leistungspostulate gehen in die ähnliche Richtung wie Budgetpostulate und haben oft die gleiche Tragweite. Aus diesem Grund fände er es richtig und regt an, diese nicht in direkter Beratung zu behandeln wie heute, sondern inskünftig einer Kommission, am ehesten der Fireko oder GPK, vorzulegen. Auf diese Weise könnten Fragen beantwortet und Unklarheiten beseitigt werden, was sicherlich zu einer effizienteren Parlamentsberatung beitragen würde. Als zweites erwähnt er an die Adresse des Präsidenten, dass, selbst wenn das Ende der Beratung beschlossen worden ist, in jedem Fall die Redner noch das Wort bekommen sollten, welche auf der Rednerliste eingetragen sind.

Einwohnerratspräsident **Christoph Morat** bedankt sich bei Ivo Corvini für dessen Belehrung. Er nimmt diese entgegen, ebenso zuhanden des Büros den Vorschlag von Ivo Corvini betreffend die Vorberatung von Leistungspostulaten durch eine Kommission, faktisch der Fireko.

://:

Das Leistungspostulat Nr. 3679.3 wird mit 21:5 Stimmen abgelehnt.

Leistungspostulat Nr. 3679.4

Produktgruppe (Leistungsauftrag) 763; ‚Leistungen im Vormundschaftsbereich‘

Der Vorsitzende **Christoph Morat** ersucht Barbara Selinger um ihr Einverständnis, über die Überweisung des Leistungspostulates Nr. 3679.4 direkt abstimmen zu können, wie dies von Gemeinderat Arnold Julier vorgeschlagen worden ist.

Barbara Selinger erklärt sich damit einverstanden. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen hierzu vor.

://:

Das Leistungspostulat Nr. 3679.4 wird mit 21:5 Stimmen abgelehnt.

INFOFENSTER

Kreisel Binningerstrasse/Fabrikstrasse

Gemeinderat Robert Vogt informiert wie folgt: Heute Nacht wird beim Kreisel der Deckbelag aufgebracht, d.h. die Durchfahrt im Bereich des Kreisel ist bereits bis am Donnerstag, 14.9.06, 05.00 Uhr durchgehend und vollumfänglich für jeglichen Verkehr gesperrt. Es war leider nicht möglich, früher über diese Massnahme zu informieren, da der Kanton Basel-Landschaft wetterbedingt kurzfristig hat handeln müssen.

GP Dr. Anton Lauber informiert: Gemeindeverwalter Max Kamber wird in knapp einem Jahr vorzeitig in Pension gehen. Es ist nun am Gemeinderat, frühzeitig die Evaluation eines Gemeindeverwalters vorzunehmen. Anton Lauber ist bereits mehrfach darauf angesprochen

worden, wie der Gemeinderat vorzugehen gedenkt, so dass er heute die Gelegenheit nutzt in kurzen Worten das Vorgehen aufzuzeigen: Die Exekutive geht davon aus, dass Gemeindeverwalter Max Kamber per Ende Juli 2007 künden wird und damit jetzt rund ein Jahr zur Verfügung steht, um dessen Nachfolge zu regeln. Geht man davon aus, dass in Kaderpositionen Kündigungsfristen von 6 Monaten gelten, wäre es von Vorteil, wenn die Anstellung des/der neuen Gemeindeverwalter/in im Dezember 06/Januar 07 vorgenommen werden kann. Somit ist es erklärtes Ziel der Exekutive, den/die Nachfolger/in von Gemeindeverwalter Max Kamber im Dezember 2006, spätestens im Januar 2007 anzustellen. Gemeinsam hat der Gemeinderat vorgängig ein Evaluations-Konzept beraten und verabschiedet. Zur Diskussion stand 1) ob der Gemeinderat eine Art Findungskommission einsetzen möchte, 2) ob man sich extern begleiten lassen möchte und 3) ob in der Gemeindeorganisation, d.h. Stellenbeschrieb, Pflichtenhefte und/oder Führungs- und Organisationshandbuch (FOH) irgendwelche Anpassungen notwendig wären. Der Gemeinderat verzichtet darauf eine Findungskommission zu bilden und führt die Evaluation selbst durch. Die Vorbereitung erfolgt durch GP Dr. Anton Lauber in Zusammenarbeit mit Gemeinderat Heinz Giger. Sämtliche Beschlüsse werden vom Gesamtgemeinderat gefasst – beginnend bei der Bestimmung des externen Beraters über die Inserate-Gestaltung bis letztendlich zur Wahl und Anstellung. Auf diese Weise wird der gesamte Gemeinderat einbezogen und in die Verantwortung genommen, wie dies auch in der Gemeindeordnung festgelegt ist. Die externe Begleitung stand fast von vorneherein fest. Hierfür hat der Gemeinderat auch im Voranschlag pro 2006 deren CHF 50'000.00 budgetiert. Heute 13. September 2006 hat der Gemeinderat beschlossen, welches Büro mit der Evaluation beauftragt wird und damit einhergehend auch den Umfang des Auftrags. Zudem hat der Gemeinderat entschieden, von einer allfällig bereichsweisen Strukturanpassung abzusehen, da nicht nötig. Möglicherweise werden einzelne Schwerpunkte verlagert werden müssen, was aber in Zusammenarbeit mit dem/der neuen Gemeindeverwalter/in besprochen und definiert werden kann, welche/r aufgrund der verlangten Voraussetzungen fähig sein wird, diese punktuellen Anpassungen gemeinsam mit der Exekutive zu planen und durchzuführen. Kurz gesagt, erwartet der Gemeinderat eine starke Führungspersönlichkeit, die bereit und fähig ist, die nötigen Inputs einzubringen und damit dazu beiträgt die Gemeindeverwaltung als Ganzes voranzubringen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind umfassend informiert worden, auch jene, welche allenfalls an diesem Posten interessiert sein könnten. Hier und heute ging es darum, auch das Parlament über den anstehenden Prozess zu informieren.

196	06.010	Friedhof- und Bestattungswesen
	07	Finanzen

**6. Berichte des Gemeinderates vom 23.08.2006 betreffend
Abrechnung über den Verpflichtungskredit in Höhe von CHF 282'000.00
betreffend Erstellung einer Urnennischenwand und den
Verpflichtungskredit in Höhe von CHF 106'000.00 betreffend Erstellung
eines Gemeinschaftsgrabes Geschäft 3622 B / C**

Einwohnerratspräsident **Christoph Morat** schlägt vor, die beiden Berichte 3622B und C zusammen zu behandeln.

://:

Das Parlament stimmt dem Vorschlag zu, beide Berichte zusammen zu beraten.

Gemeinderätin **Saskia Schärer** freut sich sehr darüber, heute eine positive Schlussabrechnung präsentieren zu dürfen. Das Projekt Friedhof war zum Zeitpunkt, als sie es als Gemeinderätin übernommen hat, derart negativ belastet gewesen, dass sie sehr oft eine „Faust im Nacken“ gespürt und mehrfach gehofft hatte, dass dieses Projekt gut ausgeht. Diese Hoffnung hat sich erfüllt und dafür dankt sie an dieser Stelle vor allem der tollen Zusammenarbeit mit der

Hauptabteilung Tiefbau/Umwelt. Ihre eigene Hauptabteilung war ja mit der Projektleitung betraut gewesen, sie alleine jedoch dieses Projekt niemals gut hätte zu Ende bringen können. Es war wirklich eine ausserordentlich gute Zusammenarbeit gewesen, welche zu diesem Resultat geführt hat. Es scheint ihr, dass in den beiden vorliegenden Berichten bereits alles gesagt wird. Sie möchte einzig noch zur *Urnennischenwand* auf zwei Punkte hinweisen, und zwar auf Seite 4, Punkt: Honorare und Nebenkosten: Dieser wurde damals im Einwohnerrat umfassend diskutiert. Der Gemeinderat hat damals versprochen, dass dieser Posten um sicherlich weitere CHF 2'500.00 wird gesenkt werden können. Und wie heute festgestellt werden kann, ist es möglich gewesen, sogar noch weiter zu reduzieren. Jetzt wird noch ein Betrag von rund CHF 25'000.00 ausgewiesen anstelle der ursprünglich geschätzten CHF 34'000.00. Was auch auffällt, ist die Position Nr. 8 Geometerarbeiten. Hier war mit Kosten gerechnet worden, jedoch wurden diese während des Bauverlaufs obsolet, da weder eine Baubewilligung noch ein Grundbucheintrag notwendig waren. Für diejenigen, welche die neue Urnennischenwand noch nicht gesehen haben, visualisiert und erläutert Saskia Schärer anhand zweier Folien die gelungene Ausgestaltung der Urnennischen. Es zeigt sich, dass der Entscheid, wieder Sandsteinplatten zu verwenden, der richtige war.

Auch zum Bericht betreffend das *Gemeinschaftsgrab* gibt es nicht viel zu ergänzen. Hierbei ist zu erwähnen, dass wegen des überraschenden Schneefalls im März 2006 und der späteren lang anhaltenden Schlechtwetterperiode die Arbeiten stark verzögert wurden und der Rasen erst sehr verspätet gesät werden konnte. Bezüglich der Abrechnung weist Saskia Schärer zu den Ziffern 3, 4 und 5 darauf hin, dass seit der Planungsphase das Bauvolumen wieder stark zugenommen hat, somit auch die Preise erheblich gestiegen sind. Unter Berücksichtigung dieser Entwicklung muss hier festgestellt werden, dass das Projekt mit einem finanziell guten Ergebnis hat abgeschlossen werden können. Vor allem bei Ziffer 5 Belagsarbeiten Bitumen weist sie darauf hin, dass seit Planungsbeginn der Erdölpreis um rund 30 % angestiegen ist. Auch das Ergebnis des Gemeinschaftsgrabes visualisiert und erläutert Saskia Schärer anhand mehrerer Folien. Insbesondere was die Inschriftentafeln betrifft, so ist das Ergebnis gestalterisch sehr erfreulich, was auch durch zahlreiche Nachfragen bestätigt wird.

EINTRETEN

://:

Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Hanspeter Frey, FDP-Fraktion: Bekanntermassen stand die Fraktion diesen beiden Vorlagen sehr kritisch gegenüber; insbesondere den beiden noch vorliegenden – die dritte wurde gar nicht mehr weiterbehandelt. Nach der unglücklichen Vorgeschichte muss die FDP heute umso mehr feststellen, dass was jetzt umgesetzt worden ist, sowohl gestalterisch als auch zweckmässig als gelungenes Werk bezeichnet werden kann. Was auch positiv zu Buche schlägt, durfte man bereits von GR Saskia Schärer hören und sieht man bei der Kostenaufstellung auf den Seite 4 resp. 3 der beiden Berichte. Auch den ursprünglich veranschlagten Kosten stand man sehr kritisch gegenüber und es darf heute gesagt werden, dass dies sehr positiv abgeschlossen worden ist – sowohl beim Gemeinschaftsgrab als auch bei den Urnennischenwänden. Man kann wohl sagen, dies sei selbstverständlich. Was aber nicht selbstverständlich ist - dies hat er miterleben können - wie speditiv, fachlich gut und ruhig dieses Projekt von Seiten der Verwaltung und allen Mitbeteiligten abgewickelt worden ist. Dies ist nach persönlicher Ansicht von Hanspeter Frey noch viel positiver zu werten als die finanziell positive Bilanz, welche heute dem Parlament vorgelegt worden ist. Im Namen der FDP-Fraktion dankt Hanspeter Frey der Verwaltung. Hier wurde gute Arbeit geleistet und alles ging mit einer gewissen Ethik vonstatten. Es ist doch nicht sehr einfach, Urnen aus ihren ursprünglichen Nischen herauszunehmen, umzubetten und anschliessend an ihrem neuen Standort wieder zu „bestatten“. Gratulation an die Verwaltung. Die FDP-Fraktion stimmt den Anträgen zu und genehmigt die beiden Abrechnungen.

Felix Keller-Maurer, CVP-Fraktion: Er schliesst sich seinem Vorredner an. Die CVP-Fraktion nimmt mit Freude zur Kenntnis, dass vom Friedhof dieses Mal Positives zu vernehmen ist – und dass das Plenum eine positive Abrechnung für das Erstellen der Urnennischenwand und des Gemeinschaftsgrabes vorgelegt bekommt. Insgesamt ist der Kredit anscheinend um etwa CHF 45'000.00 weniger als veranschlagt belastet worden. Dieses Geld kann man jetzt sicher für andere Investitionen gut gebrauchen. Das gute Resultat ist sicher auch der guten Arbeit der Mitarbeitenden der Verwaltung zu verdanken, welche mit Eigenleistungen die Möglichkeit der Kostenersparnis erkannt und vorbildlich umgesetzt haben – so hat man heute zum Beispiel die Sitzbänke für CHF 827.00 erhalten, anstatt für CHF 4'400.00 wie ursprünglich veranschlagt. In diesem Sinne stimmt die CVP-Fraktion den beiden Vorlagen erfreut zu.

Juliana Weber Killer, SP/EVP-Fraktion: Es braucht wirklich nicht viele Worte, diese beiden Kreditvorlagen mit Freude zu genehmigen und zur Kenntnis zu nehmen. Es ist auch sehr erfreulich, dass diese Verpflichtungskredite nicht ausgeschöpft, sondern - im Fall der Urnennischenwand sogar um CHF 40'000.00 unterschritten worden sind. Dies ist aber nicht selbstverständlich in einer Zeit, in denen die Baupreise aufgrund der angespannten Situation am Ölmarkt erhöht gewesen waren. Auch die Ergebnisse, wie mit den heutigen Fotos gezeigt, lassen sich sehen. Wer inzwischen schon auf dem Friedhof gewesen ist, hat sich vor Ort selbst davon überzeugen können. Abgesehen von den witterungsbedingten Verzögerungen, wie beispielsweise beim Ansähen des Rasens auf dem Gemeinschaftsgrab sind die Bauarbeiten nach Zeitplan erledigt worden. Deshalb möchte auch sie an dieser Stelle dem federführenden Departement Einwohnerdienste & Sicherheit bei dieser Gelegenheit ihr Lob aussprechen. Als Mitglied der begleitenden Baukommission hatte sie stets die Gewissheit, dass die Projektleitung jederzeit alles unter Kontrolle hatte. Ihr Dank gilt auch dem Departement Tiefbau/Umwelt, welches in vorbildlicher Weise mit der Projektleitung zusammengearbeitet hatte. In diesem Sinne wird die SP/EVP-Fraktion die Abrechnung der Verpflichtungskredite genehmigen und zur Kenntnis nehmen - und ist froh, dass sich ein zweites Friedhofsdebakel nicht bewahrheitet hat.

Max Amsler, SD-Fraktion: Als Mitglied der begleitenden Baukommission hat er erleben können, dass hier von Beginn an gut zusammengearbeitet wurde. Man hat nicht so viele Sitzungen durchgeführt, aber man kann das entstandene Werk anschauen. Man muss mit Freude feststellen, dass es vielleicht auf andere Werke, die noch an die Hand genommen werden, eine positive Auswirkung haben wird. Man hat jetzt gesehen, dass für einmal der Kredit nicht überzogen worden ist und man brauchte als Kommission nicht stets Angst zu haben, sich dem Vorwurf aussetzen zu müssen, man sei auch dabei gewesen. Den Personen, die hier mitgearbeitet haben, auch den Kommissionsmitgliedern, gehört der Dank ausgesprochen – damit bei einem nächsten Projekt dieses hier als Vorbild genommen werden kann. Es ist etwas Schönes daraus geworden, was sich sehen lassen kann. Die SD-Fraktion wird den Anträgen des Gemeinderates zustimmen.

://:

Die Schlussabrechnung über die Verwendung eines Verpflichtungskredites für die Erstellung der Urnennischenwand in der Höhe von CHF 242'717.95 wird **grossmehrheitlich zur Kenntnis genommen und genehmigt**.

://:

Die Schlussabrechnung über die Verwendung eines Verpflichtungskredites für die Erstellung eines Gemeinschaftsgrabes in der Höhe von CHF 98'705.25 wird **einstimmig** zur Kenntnis genommen und genehmigt.

**Teilrevision des Verwaltungs- und Organisationsreglements
(1. Lesung)**

Geschäft 3616 / A

Jürg Gass, SP/EVP-Fraktion und Kommissionspräsident: Er wird es kurz machen, doch auf einen Punkt muss er hinweisen: Die Kommission ist bezüglich des Antrages richtigerweise auf einen kleinen Fehler aufmerksam gemacht worden, den er in seinem Bericht gemacht habe: Der Antrag der Kommission betrifft nicht § 4 Geschäftsbericht, sondern § 4^{bis} Tätigkeitsbericht. Dank an die Person, welche dies bemerkt hat. Also der Antrag, den die Kommission stellt, heisst 4^{bis} Tätigkeitsbericht. Der Grund, weshalb die Kommission dies drin haben möchte, d.h. dass der Abgabetermin genauer präzisiert werden soll, erläutert Jürg Gass wie folgt: Ende Mai gehe bis 31. Mai, 23.59 Uhr. Und es ist ja bekannt, wenn man spitzfindig sein will – die Berichte müssen rechtzeitig abgegeben werden, denn auf der Gemeinde muss alles auch verarbeitet werden können - dass ein realistischer Termin angegeben sein soll. Deshalb hat die Kommission folgenden Satz gewählt:

Die Berichte sind zur weiteren Bearbeitung durch die Verwaltung bis spätestens zum Redaktionsschluss des gemeinsamen Geschäftsberichts einzureichen.

Damit ist sichergestellt, dass die Gemeinde nicht wie beispielsweise im 2008 Samstagnacht, um 23.59 Uhr einen Bericht erhält und anschliessend alle Hebel in Bewegung setzen muss, um den Geschäftsbericht rechtzeitig herausgeben zu können. Es sollen alle Berichte zusammen eintreffen und nicht einzeln, quasi tröpfchenweise. Alles Weitere muss nicht mehr erläutert werden. Vorwiegend handelt es sich um redaktionelle Anpassungen. Jürg Gass ersucht das Parlament, dem Bericht zuzustimmen und die Revision des Reglementes mit dem Zusatzantrag der Reglementskommission zu genehmigen.

Gemeindepräsident **Dr. Anton Lauber** bestätigt, dass es sich um reine redaktionelle Anpassungen handelt, welche nach Abschluss der Allwo-Vereinbarung erwartet worden sind. Das von Jürg Gass angesprochene Thema aufgreifend weist Anton Lauber auf § 4^{bis} Tätigkeitsbericht weiterer Räte und Behörden hin. Im Laufe der Diskussionen sind verschiedene Aspekte zum Tragen gekommen. 1. Bis Ende Mai ist dies zu spät oder reicht es? Er weist als erstes darauf hin, dass im § 4 des Verwaltungs- und Organisationsreglement dies auch bereits so genormt gewesen ist, die Satzstellung ist also nicht neu. Im § 4 Amtsbericht: *Der Gemeinderat erstellt zuhanden der Stimmberechtigten jeweils bis Ende Mai einen Amtsbericht für das verflossene Jahr.* Mit dieser Bestimmung haben sowohl der Gemeinderat als auch das Parlament bis jetzt immer leben können und letztere auch immer einen broschierten Geschäftsbericht erhalten, welcher die entsprechenden Berichte von Behörden und Kommissionen enthalten hatte. Das heisst, der Gemeinderat hat jeweils, gestützt auf § 4 des VOR, alljährlich beschlossen, welche Fristen für die Abgabe dieser Berichte einzuhalten sind und diese wurden von den angeschriebenen Kommissionen, Räten und Behörden auch jeweils eingehalten. Es besteht also kein zwingender Handlungsbedarf. Als weiteren Punkt greift er die Definition *Räten und Behörden* auf. Mit Räten sind selbstverständlich die Schulräte und Musikschulrat gemeint und nicht Behörden. Man kann sich jetzt auf den Standpunkt stellen, Behörden sind ja alle. Hierzu stellt er klar, dass die Formulierung nicht neu ist. Diese war schon Bestandteil des § 20, Abs. 3 des Geschäftsreglementes des Einwohnerrates. Dort heisst es: *Der Geschäftsprüfungskommission werden die Geschäftsberichte des Gemeinderates die jährlichen Tätigkeitsberichte der vom Einwohnerrat gewählten Räte und Behörden... zur Prüfung zugewiesen.* Diese Formulierung war man also schon gewohnt, auch in anderem Zusammenhang, wie eben zitiert. Gleichzeitig wurde diese Unterscheidung auch bewusst gewählt, nämlich im § 9, Abs. 2 Gemeindeordnung. Dort ist die Unterscheidung in Räte und Behörden deshalb von Bedeutung, weil nicht alle demselben Wahlprozedere unterliegen, also Volkswahl und Proporzwahl. Deshalb ist er der Ansicht, dass an der vorliegenden Formulierung festgehalten werden kann. Ein weiteres Thema ist § 8, Abs. 2^{bis} gewesen: Hier ist nur noch von Lehrerinnen und Lehrern die Rede. Hier hatte der Gemeinderat sich erstaunt gefragt, wo denn die Kindergärtnerinnen und Kindergärtner geblieben sind. Dem Grund dieser Formulierung nachgehend, hat man feststellen müssen, dass das Bildungsgesetz den Begriff Kindergärtnerinnen bzw. Kindergärtner nicht mehr verwendet, sondern einheitlich nur noch von

Lehrerinnen und Lehrern spricht. Dies lässt sich aus § 3, Bildungsgesetz, ableiten. Dort wird der Kindergarten als Schulart bezeichnet und bildet Teil der so genannten Volksschule. Als Schulbeteiligte werden nur noch genannt: Schüler, Erziehungsberechtigte und Lehrer. Daher geht der Gemeinderat davon aus, dass die gewählte Formulierung einer Überprüfung standhalten wird.

EINTRETEN

://:

Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Hanspeter Frey, FDP-Fraktion: Er weiss nicht, ob er seine Bitte bereits zu Beginn der heutigen Sitzung hätte vorbringen müssen, doch beantragt er, die Beratung dieses Reglementes in einer einzigen Lesung durchzuführen und nicht in deren zwei. Dies aus folgendem Grund: Wie bereits im Kommissionsbericht erwähnt sind die Änderungen vorwiegend redaktioneller Natur, zudem sind alle Anpassungen an übergeordnetes Recht. Des Weiteren hat man jetzt von GP Dr. Anton Lauber erfahren, worin diese Änderungen bestehen und wenn man es genau betrachtet, handelt es sich ja effektiv um die §§ 4 und 4^{bis}. Alle anderen sind aufgrund des neuen Bildungsgesetzes geregelt. Im Interesse der Ratseffizienz ersucht er, seinem Antrag zuzustimmen, denn das nächste Traktandum, auch ein Reglement, wird in direkter Beratung in einer Lesung beraten.

Verena Meschberger, SP/EVP-Fraktion, dankt Hanspeter Frey für dessen Votum. Sie hat sich dies auch überlegt, hat allerdings in Bezug auf den Schulrat der Musikschule eine juristische Frage, welche sie noch abgeklärt haben möchte. Unter dem Vorbehalt, dass diese juristische Frage in positivem Sinn beantwortet werden kann, wird sie den Antrag der FDP-Fraktion auf eine einzige Lesung unterstützen.

Dr. Ivo Corvini, CVP-Fraktion, unterstützt grundsätzlich den Antrag auf eine Lesung, aber: Ihm ist auch erst kürzlich aufgefallen, dass man eine Formulierung nochmals zur Überprüfung zurückstellen sollte, und zwar den § 4^{bis}. Er möchte es lediglich an dieser Stelle erwähnen, damit nachher die Beratung nicht verlängert wird. Ihm ist aufgefallen, dass man im Einwohnerrat auch das Wahlbüro wählt und dieses hat auch jeweils zuhänden des Geschäftsberichts einen Bericht abzuliefern. Aber das Wahlbüro ist gemäss § 4 des Geschäftsreglementes des Einwohnerrates auch als Behörde aufgeführt und nicht als Rat. Daher sein Antrag zur Überprüfung zuhänden einer 2. Lesung. Diese könnte ja allenfalls in wenigen Minuten abgeschlossen sein. Man kann ja auch zur Abklärung die Begriffe *Räte* und *Behörden* nochmals prüfen. Man sollte sich an die Geschäftsordnung halten und da sind gemäss § 4 nach Räte auch Behörden genannt, deshalb macht er beliebt folgende Formulierung zu prüfen, nämlich *...sämtliche vom Einwohnerrat gewählten Behörden sowie das Wahlbüro unterbreiten jeweils...* Dies im Sinne eines Antrages zur Rückweisung an den Gemeinderat.

Dr. Anton Lauber weist nochmals auf § 9 der Gemeindeordnung hin. Dieser legt klar fest, was *Behörden* sind und was *Räte*. Dieser legt auch klar fest, was an der Urne zu wählen ist und was durch den Einwohnerrat. Die Aufzählung gemäss § 9, Abs. 1 und 2 ist vollzählig und darunter fallen auch die Wahlbüros. Damit ist auch klargestellt, dass das Wahlbüro eine Behörde ist und automatisch unter den Begriff Behörde fällt. Über die Unterteilung zwischen *Räte* und *Behörden* kann man tatsächlich diskutieren. Es ist unbestritten, dass Räte Behörden sind. Es hat sich aber im Laufe der Gesetzgebung, insbesondere auch von der Gemeinde Allschwil, herauskristallisiert, dass man, als kleine Homage an die Schulräte - also auch Musikschulräte - hier von Räten und Behörden redet. Also wie gesagt, bereits im § 20 des Geschäftsreglementes

des Einwohnerrates spricht man schon von Räten und Behörden. Er meinte, dass dies in Punkto Klarheit genügen sollte.

Dr. Ivo Corvini, CVP-Fraktion, kann die Ansicht von Anton Lauber nicht teilen. Er ist der Meinung, dass § 9 lediglich die Wahlorgane aufführt, d.h. welche Behörden und Kommissionen vom Einwohnerrat gewählt werden und welche an der Urne. Aber die Behörden werden im § 4 der Gemeindeordnung aufgelistet – und dort ist das Wahlbüro nicht enthalten. Es kann ja nicht schaden, wenn dieser Punkt zuhanden einer 2. Lesung nochmals überarbeitet wird. Es geht um Korrektheit und es gibt durchaus Auslegungsbedarf.

Verena Meschberger, SP/EVP-Fraktion: Es geht um die Räte und Behörden. Im § 6 werden die Schulpflegen ersetzt durch Schulrat Kindergarten und Primarschule sowie den Schulrat der Musikschule. Nun ist die Musikschule gewissermassen ein Zwitter, indem die Musikschule sowohl die Gemeinde Allschwil als auch die Gemeinde Schönenbuch abdeckt. Aus diesem Grund wurde ein Kreisschulrat gebildet. Dies ist auch der ursprüngliche Grund, weshalb ein eigentlicher Schulrat für die Musikschule gebildet werden musste, nämlich, damit die Schönenbacher auch darin haben vertreten werden können, denn in der Primarschule ist dies nicht möglich, hierfür muss Schönenbuch einen eigenen Schulrat einsetzen. Ist es juristisch korrekt, wenn in der Gemeindeordnung Allschwils steht, dass der Musikschulrat zuhanden des Geschäftsberichtes einen Bericht liefert, möchte Verena Meschberger wissen. Sie macht dies sehr gerne, aber eben, ist es korrekt, wenn in der Allschwiler Gemeindeordnung etwas steht, das zwei Gemeinden betrifft und nicht bloss Allschwil? Sie würde dies gerne Andreas Weis, Rechtsdienst in einem separaten Gespräch näher erläutern, denn sie ist der Ansicht, es sei Zeitverschwendung, wenn dies heute im Rat verhandelt wird. Wäre es zeitlich möglich gewesen, hätte sie diese Frage bereits vor der heutigen Beratung geklärt.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion, appelliert für eine zweite Lesung. Dies würde letzten Endes der Effizienz dienen.

Nachdem keine weiteren Wortbegehren mehr vorliegen, legt Einwohnerratspräsident **Christoph Morat** den Antrag von Hanspeter Frey zur Abstimmung vor. Gemäss geltendem Reglement braucht es ein 2/3-Mehr, um die Beratung in einer einzigen Lesung zu beraten. Aus seiner Sicht ist es aufgrund der verschiedenen vorliegenden Fragen sinnvoll, zwei Lesungen durchzuführen. Selbstverständlich steht es den Ratsmitgliedern frei, per Abstimmung für die Beratung in einer einzigen Lesung zu votieren oder die Fragen zur Klärung zuhanden der 2. Lesung an die Reglementscommission zu überweisen, damit aufgrund deren weiterem Bericht abschliessend beraten und entschieden werden kann.

Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, zieht seinen Antrag auf Behandlung in nur einer Lesung zurück.

Christoph Morat: Es besteht im Übrigen auch ein Unterschied zum Geschäftsreglement des Einwohnerrates, dessen Teilrevision im nächsten Traktandum beraten wird; dieses darf in einer Lesung beraten werden.

Dr. Anton Lauber: Dessen Beratung ist in der Tat etwas einfacher.

DETAILBERATUNG

§ 4 Geschäftsbericht

Kein Wortbegehren

§ 4^{bis} Tätigkeitsbericht weiterer Räte und Behörden

Dr. Ivo Corvini, CVP-Fraktion: Er bittet um Überprüfung der Frage in Bezug auf das Wahlbüro, wie er es eingangs dargelegt hat. Es geht ihm darum sicherzustellen, dass kein Gremium vergessen wird.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion, erläutert kurz den Standpunkt der Kommission. Wie im Bericht, Seite 2 nachzulesen, stehe „sämtliche vom Einwohner gewählte... unterbreiten dem Einwohnerrat jeweils bis Ende Mai...“. Eigentlich steht somit nirgends geschrieben, dass alle zusammen einen Bericht abgeben. Er kann beispielsweise als Schulrat entscheiden, einen Din4A-Blatt langen Bericht zu schreiben und diesen persönlich zu versenden. Damit wäre alles erfüllt. Es muss ganz klar fixiert sein, dass es ein einziges Papier gebe, welches zuhanden des Gesamt-Einwohnerrates abgegeben wird. Es steht nicht geschrieben, dass alle zusammen einen Bericht erstellen, sondern einzig, dass zuhanden des Einwohnerrates jede Kommission bis Ende Mai einen Tätigkeitsbericht erstellt, mehr nicht.

Guido Beretta, FDP-Fraktion, bekundet sein Unverständnis. Möchte Jean-Jacques Winter nun, dass alle Kommissionen einen gemeinsamen Bericht verfassen oder dass die Berichte der Kommissionen gesammelt, gebündelt und als Ganzes übergeben werden? Er geht davon aus, dass sein Vorredner letzteres meint. An den Einwohnerratspräsidenten gewandt erinnert er an den Antrag der Kommission für Gemeindeordnung und es sollte doch zumindest erwähnt werden, dass dieser von den Ausführungen von Ivo Corvini abweicht.

Christoph Morat beruhigt, dass er zu eben diesem Punkt gerade gekommen wäre: Die Kommission hat die Ergänzungen zum § 4^{bis} einstimmig gutgeheissen und empfiehlt dem Parlament ihrem Antrag zu folgen.

Dr. Anton Lauber: Man sieht, was für Fragen sich ergeben können. Er hat verstanden wo die Sorge liegt. Er denkt, dass es zuhanden der 2. Lesung eine neue Formulierung zu diesem Thema gibt, mit welcher man auch dem Anliegen der Reglementscommission wird nachkommen können, nämlich, dass der Rhythmus, mit welchem die Betroffenen schon jetzt leben, im VOR erkennbar wird.

§ 6 Abs. 1

Verena Meschberger, SP/EVP-Fraktion: Sie verweist auf ihre eingangs geschilderten Ausführungen. Sie wird ihre Bedenken und Anliegen in direktem Gespräch Andreas Weis nochmals darlegen, so dass man eventuell eine andere Formulierung finden müsste, denn es ist ihr ein Anliegen, dass dieses Reglement nicht mit dem Kreisschulvertrag kollidiert.

§ 8 Abs. 1, 2^{bis} und 3

Kein Wortbegehren

§ 9 Protokollführung, Abs. 1, Buchstabe d und e

Kein Wortbegehren

§ 10 Aufgaben und Befugnisse (§ 115 i.V. mit § 47 GemG)

Kein Wortbegehren

§ 16 Schulräte (§ 91 GemG)

Verena Meschberger, SP/EVP-Fraktion, informiert an dieser Stelle über das im Aufbau befindliche Schulprogramm der Musikschule sowie über die Geschäftsordnung.

§ 17 Sozialhilfebehörde (§ 92 GemG)

Kein Wortbegehren

§ 21 Wahlbüros (§ 8 GO, § 106 GemG)

Dr. Anton Lauber ergänzt hierzu, dass im Gemeindegesetz die Behörden definiert seien.

§ 30 Ausgabenkompetenz einzelner Behörden (§ 161, Abs. 2 und 3 GemG)

Kein Wortbegehren

Verena Meschberger, SP/EVP-Fraktion: Hier sei nochmals auf das Gleiche hingewiesen, dass vor allem der Punkt mit den Investitionen dem Kreisschulvertrag widerspricht. Derjenige betreffend die Personalaufwendungen wird nach Bildungsgesetz geregelt.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, erklärt **Einwohnerratspräsident Christoph Morat** die 1. Lesung der Änderung der Gemeindeordnung als abgeschlossen.

198 01.001 Reglemente/Rechtserlasse, kommunal

8. Bericht des Gemeinderates vom 04.07.2006 betreffend Geschäftsreglement ER, Teilrevision betr. Aufgabenübertragung an GPK; § 15 GpR (direkte Beratung, eine Lesung) Geschäft 3678

Gemeindepräsident **Dr. Anton Lauber** erinnert daran, dass das Gesetz über die politischen Rechte revidiert worden ist. Es sind diverse Änderungen erfolgt, welche die Gemeinde Allschwil massgeblich betreffen. Insbesondere die Parteien, aber auch die Kompetenzen von Gemeinderat, Einwohnerrat oder Geschäftsprüfungskommission. Es gibt ein paar besondere Aspekte, zu welchen er gerne die Meinungen des Einwohnerrates hören möchte, um zu erfahren, in welche Richtung inskünftig gearbeitet werden sollte. Davon ausgehend, dass es allen bekannt ist, weist er auf die neue Regelung hin, dass man für kantonale Wahlen neu zur Landeskanzlei gehen muss, für kommunale Wahlen neu zur Gemeindeverwaltung – und nicht mehr wie bisher zum Statthalteramt Arlesheim. Zudem sind auch die Fristen für die Proporzwahl geändert worden, nämlich auf 62 Tage. Hierbei gibt es neu eine Frist zur Überprüfung auf allfällige Mängel und man erhält sozusagen eine Nachfrist, um solche Fehler rechtzeitig korrigieren zu können. Meistens geht es hier um die Qualität der Unterschriften. Absolut letzte Frist für das Einreichen der Wahlvorschläge ist 48 Tage vor der Wahl.

Als nächsten wichtigen Punkt erwähnt er die briefliche Stimmabgabe. Diese Form des Abstimmens ist neu erweitert möglich. Bekanntermaßen wird diese Möglichkeit sehr häufig benutzt – auch in Allschwil (über 80 %). Neu kann bis 17 Uhr des Tages vor dem Abstimmungs- und Wahlsonntag, also samstags, der Stimm- und Wahlzettel beim Briefkasten der Gemeindeverwaltung eingeworfen werden. Die Gemeindepolizei ist bereits angewiesen, den Briefkasten anschliessend zu leeren. Des Weiteren hat es eine weitere mögliche Lockerung der Bestimmungen gegeben. So können neu die Öffnungszeiten der Wahllokale auf eine Stunde reduziert werden. Hierzu stellt er fest, dass der Gemeinderat dies schade fände. Die Exekutive hält an den heutigen Öffnungszeiten fest, d.h. am Samstag von 18.00 – 20.00 und am Sonntag von 10.00 – 12.00 Uhr, denn nebst der brieflichen Stimmabgabe soll die „Handabgabe“ nicht verloren gehen. Er ist gespannt auf die Meinung des Parlaments. Regelmässig auf die mögliche Kostenersparnis angesprochen als Folge der kürzeren Öffnungszeiten ist er der Meinung, dass die zu erwartende Verärgerung über diese Kürzung wohl unverhältnismässig grösser wäre als die finanzielle Ersparnis, die damit erzielt werden könnte. Das gleiche gilt wohl auch in Bezug auf die personelle Besetzung der Wahlbüros. Ohnehin ist dies in § 8 GO geregelt und es müsste eine Volksabstimmung lanciert werden, um die Anzahl der Wahlbüros oder deren personelle Besetzung zu reduzieren. Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass so etwas nicht ins Auge gefasst werden muss. Über diese Punkte wurde vor nicht allzu langer Zeit hier im Rat diskutiert. Wichtig ist auch die Frage der Erhaltung. Kommunale Wahlen sind neu ausschliesslich Sache der Gemeinde, und zwar erwahrt der Gemeinderat nach wie vor die Wahl des Einwohnerrates. Dabei geht es eigentlich bloss um die Feststellung, dass keine Beschwerden dagegen eingereicht worden sind. Gleichzeitig und neu erwahrt die Geschäftsprüfungskommission die Wahl des Gemeinderates und dessen Präsidium. Um

Missverständnissen vorzubeugen: Nicht der noch nicht erwarte Einwohnerrat bzw. dessen Geschäftsprüfungskommission erwahrt den neuen Gemeinderat, sondern die alte Geschäftsprüfungskommission. Umgekehrt gilt das gleiche. Der alte Gemeinderat erwahrt den neuen Einwohnerrat nicht der neue. Eine weitere Pflicht, nämlich die Aufsicht des Gemeindepräsidiums über das Wahlbüro ist jetzt neu auch so geregelt worden im Gemeindegesetz. Dies ist aber auch schon vorher in der Gemeinde Allschwil so definiert gewesen. Dr. Anton Lauber war es wichtig, diese Ausführungen und Erläuterungen zuhanden der Beratung abzugeben. Ansonsten ist der Beschlusstext relativ einfach im § 20 Abs. 6, wo es darum geht, eben die neue Kompetenz der Geschäftsprüfungskommission hier auf kommunaler Ebene auch in den Reglementen entsprechend abzustützen.

EINTRETEN

://:

Eintreten ist unbestritten

DETAILBERATUNG

Hanspeter Frey, FDP-Fraktion: Die FDP-Fraktion wird dieser Änderung selbstverständlich zustimmen, auch deshalb, weil mit der Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte eine gewisse Schlankheit im Kanton Basel-Landschaft und auch in den Gemeinden erreicht werden konnte. Was nicht ganz klar ist, aber auch nicht unbedingt zwingend und explizit so sein muss, ist, wie unter 3. Aufgabenübertragung an die Geschäftsprüfungskommission definiert ist. Aus Effizienzgründen müsste es nicht unbedingt die Geschäftsprüfungskommission sein. Man könnte diese Regelung auch rausnehmen und bestimmen, dass es der Einwohnerrat ist. Aber gerade auch aus Schlankheits- und Effizienzgründen stimmt die FDP-Fraktion diesem Vorschlag zu, denn die GPK kann schneller eine Sitzung einberufen als der Einwohnerrat, weil letzterer bloss monatlich tagt. Auf Landratsebene ist dies anders, da dieser alle 2 Wochen tagt und den Regierungsrat erwahrt. Die FDP wird diesem Antrag zustimmen und § 20, Ziffer 6 gutheissen.

Dr. Ivo Corvini, CVP-Fraktion: Er nimmt gleich vorneweg, dass die CVP-Fraktion den Antrag des Gemeinderates unterstützt. Die Revision des Gesetzes über die politischen Rechte, welches im August 2006 in Kraft gesetzt worden ist, hat für den „Normalstimmbürger“ vor allem eine Auswirkung, nämlich diejenige, dass künftig am Vortag des Abstimmungssonntages bis um 17.00 Uhr brieflich abgestimmt werden kann und nicht wie bisher, nur bis um 12.00 Uhr. Er denkt, es wäre gut, wenn man den Stimmbürger in irgendwelcher Form auf diese Neuerung aufmerksam machen würde. Die CVP-Fraktion ist auch damit einverstanden, dass die Öffnungszeiten der Wahlbüros nicht reduziert werden. Es ist gut, dass dieses Angebot weiterhin besteht. Auch wenn nur noch etwa 5 - 10 % der Abstimmenden persönlich an der Urne abstimmen, ist es wichtig, dass dies aufrecht erhalten werde, denn man will ja weiterhin das Abstimmungsverhalten fördern – er persönlich ist der Meinung, dass der Anteil der brieflich Stimmenden bereits auf 90 % angestiegen ist. Was aber überlegt werden könnte, ist die Anzahl der Wahlbüros zu reduzieren. Selbstverständlich ist in der Gemeindeordnung festgelegt, dass es drei Wahlbüros gibt, welche für die besagten 5 – 10 % jeweils während 4 Stunden geöffnet sein müssen. Diese Notwendigkeit zu gegebener Zeit zu überlegen, ist sicher gerechtfertigt. Er schliesst sich bezüglich der Erwerungsinstanz seinem Vorredner an. Die CVP-Fraktion ist auch dafür, dass dies die GPK ist, obwohl es auch, vielleicht auch entgegen dem Anschein der Vorlage auch der Einwohnerrat die Erwerungsinstanz sein könnte. Im Kanton beispielsweise werden die Regierungsratswahlen vom Landrat erwahrt und nicht von der Geschäftsprüfungskommission. Auch er ist dafür diesen rein formellen und nicht politischen Akt der GPK zu übertragen. Die CVP-Fraktion stimmt also diesem Antrag zu.

Thomas Pfaff, SP/EVP-Fraktion: Die SP/EVP-Fraktion kann den Ausführungen in Kapitel 2.2 folgen und ist mit den Vorschlägen des Gemeinderates einverstanden. Ebenso wird sie dem

Antrag zustimmen, die Erhaltung des Gemeindepräsidiums und des Gemeinderates der GPK zu übertragen.

Verena Meschberger, SP/EVP-Fraktion: Auch sie findet es am effizientesten, wenn die GPK diese Aufgabe übernimmt. Dennoch glaubt sie, dass sie bald Jurisprudenz studieren muss in ihrem hohen Alter. Heisst „beziehungsweise“ in diesem Zusammenhang „oder“, denn je nachdem, ob beziehungsweise nun *oder* bedeutet oder eine *Rangordnung* darstellt, müsste es der Einwohnerrat sein. Hierzu bittet sie um Klärung.

Dr. Guido Beretta, FDP-Fraktion: Genau diese Frage wurde auch in der FDP-Fraktion diskutiert. Es ist in der Tat eine nicht eindeutige Formulierung. Man muss wissen, dass es im Kanton Baselland Gemeinden gibt, welche einen Einwohnerrat und solche, die eine Gemeindekommission haben. Ihm scheint, das zweite *beziehungsweise* bezieht sich auf diejenigen Gemeinden, die einen Einwohnerrat haben und diese Aufgabe an die Geschäftsprüfungskommission delegieren können. So zumindest hat die FDP diese Formulierung interpretiert, doch ist man sich nicht sicher und gibt die Frage gerne an die Juristen weiter.

GP Dr. Anton Lauber: Selbstverständlich ist es genau so, wie es Guido Beretta eben erklärt hat. Er bittet zu beachten, dass § 15 sich auf das kantonale Gesetz über die politischen Rechte stammt. Und der Kanton kennt die ordentliche und ausserordentliche Organisation, deshalb bestehen auch unterschiedliche Kontrollinstrumente. Deshalb stimmt – aus Sicht des Kantons – die *Gemeindekommission beziehungsweise* die *Geschäftsprüfungskommission* eben schon. Hier ist das kantonale Gesetz angesprochen.

Felix Keller verliest aus der Beilage des Berichtes 3678 vom 4. Juli 2006 betreffend Teilrevision Geschäftsreglement Einwohnerrat, den Beschlusstext:

§ 20 Abs. 1 - 5

Bleiben unverändert

Abs. 6

Durch die Geschäftsprüfungskommission werden gestützt auf die Bestimmungen des Gesetzes über die politischen Rechte (GpR) die Wahlen des Gemeinderates und des Gemeindepräsidiums erwahrt“.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, wird über den Antrag des Gemeinderates, Seite 4 der Vorlage, abgestimmt:

Die Teilrevision des Geschäftsreglements des Einwohnerrates vom 12. April 2000, § 20; Geschäftsprüfungskommission, wird gemäss Beschlusstext gutgeheissen und mit sofortiger Wirkung in Kraft gesetzt.

://:

Dem Antrag des Gemeinderates wird einstimmig zugestimmt.

Christoph Morat hält fest, dass die Anträge, insbesondere von Ivo Corvini, vom Büro des Einwohnerrates aufgenommen und besprochen werden und beschliesst die Sitzung um 21.00 Uhr.